

Verf. d. täglich am Montag... Preis 20 Pf.

Insertions-Gebühr beträgt für die... 4 Pf.

Verantwortl. Redakteur... Nr. 4196.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Donnerstag, den 17. November 1892. Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Aus England.

London, 14. November 1892.

Das Meeting zur Erinnerung an den blutigen Sonntag hat stattgefunden... Die Ordnung eine musterhafte...

Es war ein Kontrast, wie er größer kaum denkbar war... Der selbe Polizist, der vor fünf Jahren...

bis 60 000 Menschen gewesen sein, die den Platz und seine Umgebung ausfüllten...

Im Grunde kam es freilich gestern weniger auf die Zahl der Demonstrierenden an...

Eine kläglichere Rolle als die Tories und ihre Organe in dieser Angelegenheit gespielt haben...

Auf der genannten Plattform war als einer der Redner der Buxtenmacher Ben Ellis vorgewerft...

treffenden Wahlweise der Tory durch. Ob mit Recht oder Unrecht gilt seitdem Ellis vielen Arbeitern...

Beiläufig hat ihre Verbindung mit Champion der Workman's Times so viele Abnehmer gekostet...

Um nun zum Meeting von gestern zurückzukehren, so sind natürlich beide Resolutionen, welche ihm vorgelegt wurden...

Es ist eine charakteristische Erscheinung. 1887 erfolgte das Verbot der Versammlungen auf Trafalgar Square...

Aber das Bild hat seine andere Seite. Was war der Sozialismus vor fünf Jahren in England?

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

115

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Forestier wählte sich vor Lachen in den Polstern, trauft und ob dabei unaussprechlich und warf zumeilen ein so starkes...

Das Dessert erschien, dann der Kaffee. Und die Vögel gossen eine noch schwerere, noch heißere Bewirtung in die aufgeregten Köpfe.

Frau von Marelle war jetzt, wie sie von vornherein angekündigt hatte, betrunken. Und sie bestritt es auch nicht...

Frau Forestier schwieg jetzt, vielleicht aus Klugheit; aber Duroy, der sich gleichfalls nicht mehr ganz nüchtern...

Zigaretten wurden angezündet. Da begann Forestier plötzlich zu husten.

Ein schrecklicher Anfall war es, der ihn die Kehle zerriß; mit rothem Gesicht, Schweistropfen auf der Stirn suchte er...

den Husten in seiner Serviette zu ersticken. Als die Krisis vorüber war, brummte er wild: 'Solche Vergnügungen taugen nichts für mich!'

'Gehen wir heim', sagte er.

Frau von Marelle klingelte den Kellner herbei und forderte die Rechnung. Sie wurde ihr fast augenblicklich gebracht.

'Warten Sie mal, zahlen Sie mal für mich, ich kann nicht mehr sehen, ich bin fertig.'

Gleichzeitig warf sie ihm ihre Börse in die Hand.

Die Gesamtsumme betrug hundertdreißig Franken. Duroy prüfte die einzelnen Posten, rechnete nach, reichte zwei Banknoten hin...

'Wie Sie denken, ich weiß nicht.'

Er legte fünf Franken auf den Teller, gab der jungen Frau die Börse zurück und sagte dabei: 'Darf ich Sie nach Hause bringen?'

'Gewiß; ich finde ja meine Hausnummer sonst nicht.'

Man nahm von Herrn und Frau Forestier Abschied, und bald befand sich Duroy mit Frau von Marelle allein in einer rollenden Droschke.

Was würde sie anfangen, wenn ich sie küßte?' dachte er. Die Erinnerung an all die Zweideutigkeiten ihres Ge-

sprächs vorhin ermutigte ihn, zugleich aber hielt ihn die Furcht vor einem Skandal zurück.

Sie sagte noch weniger etwas. Unbeweglich lehnte sie in ihrer Ecke. Er hätte sie schlafen geglaubt, wenn er nicht jedesmal, wenn ein Lichtstrahl in den Wagen fiel, ihre Augen hätte glänzen sehen.

Woran mochte sie denken? Er hatte die Empfindung, daß er nicht mit einer Silbe das Schweigen brechen dürfe, daß ein Wort, ein einziges Wort seine Aussichten vernichten würde.

Pföhllich fühlte er etwas an seinem Fuß stoßen. Sie hatte eine Bewegung gemacht, eine kurze, harte, nervöse, ungeduldige Bewegung.

Sie stieß einen Schrei, einen leisen Schrei aus, wollte sich wehren, ihn zurückstoßen, dann aber gab sie seinen Rufen nach, als wenn ihr die Kraft gefehlt hätte, ihm zu widerstehen.

Aber bald hielt der Wagen vor ihrem Hause. Mit wenigen leidenschaftlichen Worten verurteilte Duroy ihr zuwälferten, die seine Liebe bethenerten.

Sie rührte sich nicht vom Platz, sie war wie gelähmt von dem, was eben geschah. So stieg er denn zuerst aus und bot der jungen Frau die Hand.

Bitternd und wortlos verließ sie endlich die Droschke. Er zog die Glocke, und als ihre Haustür sich öffnete, fragte er zitternd: 'Wann sehe ich Sie wieder?'

So leise, daß er es kaum verstehen konnte, flüsterte sie: 'Speisen Sie morgen bei mir.' Sie verschwand im Dunkel.

grungen sind. Seine Redner waren es, die gestern auf Trafalgar Square vor allen das Ohr der Menge hatten, von ihr am lautesten begrüßt wurden. Am 13. November 1887 lag er in den Personem von John Burns, Cunningham Graham und anderen am Boden, von der Polizei brann und blau geschlagen, am 13. November 1892 hat er in den Personen von John Burns und anderen im Parlament und in den Lokalbehörden Briefe geleigt.

Die Götterdämmerung der bürgerlichen Gesellschaft und die Morgenröthe der Erlösung des Proletariats — das ist die Bedeutung der gestrigen Demonstration.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. November.

Dem Bundesrath ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung der Gewerbe-Ordnung, vorgelegt worden. Die Aenderungen beziehen sich auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen. Sie sollen, als Entgelt für die Auffassung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb, das Kleingewerbe vor der Schädigung durch den Hausirhandel schützen, der gesetzlich noch weiter beschränkt werden soll. Nun, auch die volle Beseitigung des Hausirhandels würde das Kleingewerbe vor der kapitalistischen Auffassung nicht retten.

Das preussische Landes-Oekonomikollegium trat gestern, 15. November, zusammen. Zu dem ersten Gegenstand der Tagesordnung: „Die Ursachen der Substationen ländlicher Grundstücke“ bemerkte der Direktor der königlichen statistischen Bureau, Geh. Ober-Regierungsrath Blend, daß infolge des Zwangsversteigerungsgesetzes von 1883 die Substationen ländlicher Grundstücke sich wesentlich vermindert haben. Im übrigen bezeichnete der Redner die bisherige Statistik über die Substationen ländlicher Grundstücke als vollständig minderwerthig und bemerkte, daß diese Statistik der agitatorischen, böswilligen Auslegung sehr willkommene Anhaltspunkte biete. Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Thiel pflichtete ihm bei. Die geringe Zahl der Substationen sei eher ein Beweis für den Niedergang, als für das Floriren der Landwirtschaft. In schlechten Zeiten würden im allgemeinen die Substationen von den Gläubigern nicht beantragt, weil diese befürchten, alsdann mit ihren Forderungen vollständig anzufallen. Erst wenn die landwirtschaftlichen Verhältnisse sich wieder zu bessern beginnen, nähmen erfahrungsmäßig die Substationen zu. Ebenso habe es den Anschein, als ob seit den letzten 20 Jahren die Landwirtschaft allmählig von dem mobilen Kapital expropriert werde. Als Ursache der schlechten Lage der Landwirtschaft werde in der Statistik eigenes Verschulden, unzuverlässige Bewirthschaftung u. angegeben, ohne zu berücksichtigen, daß die klimatischen und Witterungsverhältnisse, die Zoll- und Steuerlegislation für die Landwirtschaft von einschneidendster Bedeutung seien. Die Landräthe seien gar nicht in der Lage, genau die Ursachen der Substationen festzustellen, weil gar zu viele Dinge an den einzelnen Zwangsversteigerungen schuld hätten. Eine Statistik der Zwangsversteigerungen, in der die Ursachen angegeben werden, müsse daher nothwendigerweise ein falsches Bild geben.

Im gleichen Sinne sprachen die übrigen Redner. Einstimmig wurde folgender von den Herren Blend und Thiel gestellter Antrag angenommen:

1. Eine möglichst genaue statistische Erfassung der jährlich stattfindenden Zwangsversteigerungen vorwiegend land- und forstwirtschaftlich benutzter Grundstücke gesondert nach den Besitzkategorien ist wünschenswerth. 2. Die bisher von den Kreisbehörden ermittelten Ursachen der Zwangsversteigerungen geben kein richtiges Bild der wirklichen wirtschaftlichen Vorgänge.“

Religion muß sein, aber die Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter darf darunter nicht leiden. In diesen Satz läßt sich die Stellung des Verbandes deutscher Gewerbevereine in ihrer Hauptversammlung, die gegenwärtig in Köln tagt, zusammenfassen. Direktor Romberg referirte über die Stellungnahme des Verbandes zu dem Sonntagunterricht an den Fortbildungsschulen und dem § 120 der Gewerbe-Ordnung. Nach diesem Paragraphen sind die

Gewerbe-Unternehmer verpflichtet, ihren Arbeitern unter achtzehn Jahren Zeit zum Besuch der Fortbildungsschule zu gewähren. Der Unterricht an der Fortbildungsschule darf am Sonntag nur stattfinden, wenn die Unterrichtsstunden so gelegt werden, daß die Schüler nicht gehindert werden, dem Hauptgottesdienst oder einen mit Genehmigung der kirchlichen Behörden für sie eingerichteten besonderen Gottesdienst zu besuchen. Herr Romberg meinte:

Der ideale Zustand wäre, wenn der Unterricht ganz in die Wochentage verlegt würde. Wo ein Zwang dazu möglich war, hat man aus Zweckmäßigkeitsgründen darauf verzichtet, weil man sich wohl bewußt war, daß eine Schule nicht gedeihen kann, wenn die Gegnerschaft der Meister besteht. Nach allen Verhältnissen bleibt nur der Sonntag Vormittag, und da fragt es sich, wie ist es zu ermöglichen, daß Schule und Kirche zu ihrem Rechte kommen.

Er schloß mit den Worten: Darüber herrscht Einmüthigkeit, daß der Sonntag nicht entbehrt werden kann. Ihr Vorstand empfiehlt Ihnen folgende Sätze: Erstens, überall, wo während des Unterrichts der Hauptgottesdienst stattfindet und vor und nach dem Unterricht Gelegenheit ist, in die Kirche zu gehen, ist eine Störung des Unterrichts unendlich und nachtheilig. Zweitens, in anderen Fällen sind besondere Schulgottesdienste herbeizuführen. Drittens, überall, wo dies nicht möglich ist und nur ein einziger Gottesdienst stattfindet, kann der Schüler nicht gezwungen werden, die Schule zu besuchen. Mit dem § 120 liegt die Gefahr nahe, daß mit einem Schlage eingerissen wird, was in Jahrzehnten in mühevoller Arbeit aufgebaut wurde. Man öffne die Thüren der Kirche, aber schließe nicht die der Schule. (Beifälliger Beifall.)

Nur zwei Redner erklärten sich hiergegen. Heinrich Meß will für den Behebel am Sonntag nur Ruhe und keinen Unterricht und der Vertreter von Freiburg i. B. spricht die Ansicht aus, daß der Unterricht an Sonntagen ausfallen und auf die Wochentage verlegt werden könne, wie es in seiner Heimath der Fall sei.

Die große Mehrheit schloß sich den Ausführungen des Referenten an und beauftragte den Vorstand, im Sinne des Vortrags des Herrn Romberg eine Eingabe an den Reichstag anzuarbeiten. In größerer Nothheit ist wohl kaum das bloße Interesse der Unternehmer in den Vordergrund gestellt. Niemand fand es der Mühe werth, das Wohl der jugendlichen Arbeiter auch nur in Erwägung zu ziehen. „Religion“ soll denselben zwar beigebracht werden, d. h. die Religion, welche sie am geeignetsten und willfährigsten für die Ausbeutung durch die Unternehmer macht.

Zu den Steuervorlagen hat die freisinnige Fraktion beschlossen, dieselben abzulehnen. Gegenüber den Nachrichten über Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Fraktion über diese Frage bemerkt die „Freisinnige Zeitung“: „Die Abweichungen unter den Mitgliedern der freisinnigen Partei lassen sich dahin charakterisiren, daß die Einen vielleicht aus Wohl, die Andern aus Furcht, das Wohl der jugendlichen Arbeiter zur Ablehnung der vorgelegten Gesetzentwürfe gelangen. Darüber, daß diese Gesetzentwürfe nicht geeignet sind, eine rationelle Steuerreform herbeizuführen, besteht keinerlei Meinungsverschiedenheit.“

Den Verunglimpfungen der Landwehr widmet Herr Eugen Richter in seiner „Freisinnigen Zeitung“ eine ganze Rubrik. Zum Lobe der Landwehr zitiert er eine Reihe Verherrlichungen der Landwehr aus der Zeit nach dem Kriege, ohne zu bedenken, daß auch diese denselben Ursprung haben, wie die Bismarckschen Fälschungen und die auf denselben sich aufbauenden nationalliberalen Märchen. Freilich haben die „Freisinnigen“ Bismarck's ä u ß e r e Politik im Wettstreit mit den eingetragtesten Nationalliberalen stets in den Himmel erhoben, wenn sie auch noch so sehr seine in u e r e Politik angriffen, ohne zu bedenken, daß seine innere wie äußere Politik die Auswüchse desselben gewaltthätigen und trügerischen Geistes waren.

Nochmals die Lehrer in der Ferienkolonie. Die gestern von uns gebrachte Mittheilung über die Behandlung der Lehrer in einzelnen Truppentheilen wird noch überboten durch einen anderen Bericht, den gleichfalls die „Preussische Lehrerzeitung“ veröffentlicht. Derselbe lautet: Wenn solche Geschehnisse, wie in diesem Jahre in Okerode (Ostpreußen) bei einer Ersatzreserv-Kompagnie unter Premierlieutenant H. vorkommen, die leider durchaus nicht vereinzelt dastehen, so kann dies nicht zur Stärkung soldatischen Ehr-

gefühl beitragen. Einzelne betrübende und wirklich einseitig jeden preussischen Lehrer entmenscheidende Ausdrücke, die einem auch jede Lust und Liebe zum Soldatenleben rauben können, seien im Folgenden wiedergegeben. Als die betreffende Ersatzreserv-Kompagnie am 19. September in Okerode eingezogen war, wußte H. weiter nichts, als daß 23 Lehrer zur Uebung einberufen waren, trotzdem äußerte er sofort beim Empfang der Mannschaften auf dem Kasernenhofe: „Bon Euch Lehrern verlange ich, daß Ihr Euch ganz besonders zusammennehmt, sonst ziehe ich Euch die Sammelbeine derartig lang, daß Ihr Oel gebt!“ an demselben Tage äußerte H. zu einem Lehrer: „Na, Du bist ein Vieh, Du wirst hier wohl noch dicker werden.“ — Am 21. September hieß es: „Heute traf ich ein dummes Leberthier, das machte vor mir Front und glöhte mich dabei an, als wenn ein Ochse ein Scheunthor anstiert.“ 1. Oktober: „Das verdammte Leberthier kann ich absolut nicht richten. Die Schnauzen habt Ihr immer voran; schwagen könnt Ihr, und doch seid Ihr die Dummhän.“ 18. Oktober schaute H. einen Lehrer, der krank zu Hause war, an: „Scher Dich zum S... Du verfl... Sauhund.“ 16. Oktober mußte ein anderer Kollege Anreden hören: „Du verfl... Luder, Du Rhinoceros.“ 16. Oktober mußten die Lehrer besonders vor die Front treten und es hieß: „Ihr wollt Volkserzieher sein, Ihr seid selbst nicht erzogen, Ihr thranfugiges Volk. Ihr fallt überall auf, Eure Schulen sind ebenso thranfug.“ — Auf dem Schießstande äußerte der Lieutenant: „Wenn ich einmal das Glück hätte, die Lehrer Döpreußens zusammen zu haben, dann möchte ich sie schleifen bis ans Gelbe.“ — Ausdrücke, die die Lehrer fast täglich vor der Front zu hören bekamen: Du erbärmliche Lehrer- und Schulmeisterjele. — Du Vieh. — Du Riesenschwein mit Eitelhaub und Schwertem am Ringe durch die Nase zu tragen. — Du Affenschwanz. — Du Sandfesen. — Du Sauhund, Fägelhammel. — Ihr taugt zum Soldaten wie der Feil zum ... Außerdem noch viele Ausdrücke, die man sonst überhaupt nicht in den Mund nimmt.

Dr. Sigl, der Redakteur des „Bayerischen Vaterland“, soll auch im Wahlkreise Kaufbeuren als Kandidat für die Reichstagswahl aufgestellt werden. In Kelheim siegte der offizielle Centrumskandidat nur mit winziger Majorität. Für die Haltung des Centrums gegenüber der Militärvorlage dürfte die Kandidatur Sigl's nicht ohne Einfluß sein. Im Wahlkreise Kelheim war es zum guten Theil die Stimmung gegen die Militärvorlage, welche dem Dr. Sigl eine so große Stimmzahl zuführte, und die entscheidende Haltung, welche die Centrumpresse gegenwärtig gegenüber der Militärvorlage einnimmt, dürfte wohl auf Veranlassung der Rücksicht auf die Stimmung der Wähler zu stellen sein. Während die Abgeordneten Lieber und Graf Konrad Preysing sich noch vor kurzem sehr rückhaltend über die Militärvorlage äußerten, erklärt jetzt Dr. Daller, der Führer der bayerischen Centrumpartei, die Militärvorlage sei für das Centrum absolut unannehmbar, da dasselbe durch die Annahme bei seinen Wählern geschädigt werde.

Daare war bisher in der dritten Wählerklasse zum Stadtverordneten gewählt. Jetzt steht eine Neuwahl bevor, und da scheint es dem Ehrenmann doch bedenklich, sich einer Wahldebatte zu unterziehen. Er zieht es daher vor, das Mandat in der dritten Wählerklasse den Ultramontanen zu überlassen und sich selbst in der ersten Wählerklasse zu wählen.

Die Münchener Akademie der Wissenschaften ernannte die Prinzessin Therese zum Ehrenmitglied. Die betreffende Meldung besagt, es sei dies die erste Frau gewesen, der in Bayern eine solche Ehrung zu theil wurde. Diese Ehrung ist wohl weniger ein Zeichen des freieren Geistes der Akademie, als vielmehr ihres Unterthänigkeitsgefühl. Die Ehrung galt gewiß weniger der verdienten Frau als der Prinzessin. Die Akademie ist ebenso wenig wie der größte Theil des Populärgelehrthums bereit, der Frau die Möglichkeit der wissenschaftlichen Fortbildung, oder auch nur den Zugang zu der Staffel eines wissenschaftlichen Berufs zu gewähren.

Die Kundgebungen für das allgemeine Wahlrecht in Belgien dauern fort. Am Dienstag fand eine große Versammlung zu Gunsten desselben in Brüssel statt. Nach der Versammlung durchzogen die Sozialisten mit dem Gesang der Marschlied die Stadt und die Polizei suchte die Manifestation zu verhindern.

Auch in Holland wächst die Bewegung für das allgemeine Wahlrecht. In Amsterdam fand am Dienstag eine

bes Haussturz und knallend wie ein Kanonenschlag flog der schwere Thürhölzer zu.

Er bezahlte den Drofchenkutscher und machte sich, das Herz von Freude geschwellt, raschen, triumphirenden Fußes auf den Heimweg.

Endlich hatte er Eine! Eine verheirathete Frau! Eine Frau aus der Gesellschaft! Aus der richtigen Gesellschaft! Aus der Pariser Gesellschaft! Wie unerwartet leicht es ihm geglied war.

Er hatte sich solange immer eingebildet, daß es unendliche Mühe, unbeschreibliche Ausdauer, eine umsichtige Belagerung mit Seuffzern und Geständnissen, Galanterieen und Geschenken erfordere, um eines dieser heiß ersehnten Geschöpfe zu erobern. Und nun war ihm auf den ersten Schlag, beim kleinsten Angriff die Erste, die er traf, so rasch zugefallen, daß er starr vor Staunen war.

„Sie war trunken,“ dachte er. „Morgen wird sie ein ganz anderes Lied singen. Ich werde Thränen vergießen müssen.“ Der Gedanke beunruhigte ihn, schließlich sagte er aber: „Na, mein Weg! So oder so! Ich hab' sie einmal und werde sie auch behalten.“

Und in der wirren Lustspiegelung, zu der sich seine Hoffnungen auf künstige Größe, Erfolg, Ansehen, Vermögen und Liebe ausbreiteten, sah er plötzlich, so wie sich beim Ballet Quirlenden von Figurantinnen zum Himmel der Apotheose aufstollen, einen Zug vornehmer, reicher, mächtiger Frauen lächelnd vorüberziehen und nach einander in goldige Traumwolken verschwinden.

Auch im Schlaf hatte er solche Visionen.

Ein wenig aufgeregt stieg er am nächsten Tag die Treppe zu Frau von Marelle hinauf. Wie würde sie ihn empfangen? Und wenn sie ihn nun überhaupt nicht empfing? Wenn sie ihm die Thür ihrer Wohnung verbot? Wenn sie ihrem Manne erzählt hatte? Aber nein, das konnte er nicht annehmen. Er war Herr der Situation.

Das kleine Dienstmädchen öffnete ihm die Thür. Ihr Gesicht sah wie sonst aus. Das beruhigte ihn, als wenn er erwartet hätte, daß das Dienstmädchen ihn mit verfürzten Augen empfangen würde.

„Wie befindet sich die gnädige Frau?“ fragte er.

„Gut, wie immer,“ erwiderte das Mädchen.

Sie ließ ihn in den Salon treten.

Er ging sofort zum Spiegel, um sich zu überzeugen, in welcher Verfassung sich seine Frisur und sein Anzug befänden, und er ordnete noch an seiner Keavatte, als er im Spiegel die junge Frau eintrat, auf der Schwelle ihres Zimmers stehen bleiben und ihn betrachten sah.

Er that so, als hätte er sie nicht gesehen, und so sahen sie sich einige Sekunden im Spiegel an und suchten ihre Gedanken zu erpähen, bevor sie sich einander gegenüber traten.

Er drehte sich um. Sie hatte sich nicht vom Fleck gerührt und schien zu warten. Er eilte auf sie zu: „Wie liebe ich Sie, wie liebe ich Sie,“ flammelte er. Sie öffnete ihre Arme und sank an seine Brust. Dann hob sie den Kopf zu ihm empor, und sie lächelten sich lange.

„Das geht ja viel leichter und besser, wie ich vermuthet hatte,“ dachte er. Und als sich ihre Lippen getrennt hatten, lächelte er sie wortlos an und suchte unendliche Hirtlichkeit in seinem Blick zu legen.

Auch sie lächelte. „Wir sind allein“, flüsterte sie. „Ich habe Laurine zu einer Schulfreundin geschickt.“

„Danke, dank, o, wie liebe ich Sie,“ seufzte er und bedeckte ihre Hand mit Küffen.

Dann nahm sie seinen Arm, als wenn er ihr Gatte gewesen wäre, und sie gingen zum Sopha, wo sie sich neben einander niederließen.

Er hätte gern irgend ein verführerisches Gespräch in geschickter Weise begonnen, da ihm aber nichts einfiel, so stammelte er nur:

„Sie sind also nicht allzu böse auf mich?“

Sie legte ihre Hand auf seinen Mund:

„Schweig doch!“

Man hörte durch die Wand hindurch das Dienstmädchen mit den Tellern im Speisezimmer klappern. Die Thür ging auf: „Es ist angerichtet.“

Er bot ihr würdig den Arm.

Sie saßen einander beim Essen gegenüber und lächelten sich nur mit einander beschäftigt unaufhörlich an. Sie aßen und wußten nicht, was sie aßen.

Das Mädchen kam und ging, wechselte die Teller, trug die Gerichte auf und sah bei alledem so gleichgültig aus, daß es schien, als merke sie nichts.

Als sie gespeist hatten, gingen sie wieder in den Salon und setzten sich auf das Sopha.

Er wollte sie an sich ziehen, sie aber stieß ihn zurück und meinte ruhig: „Seien Sie vorsichtig, es könnte jemand kommen.“

„Wann könnte ich Sie ganz allein sehen, um Ihnen zu sagen, wie ich Sie liebe?“ flüsterte er.

Sie neigte sich zu seinem Ohre und erwiderte ganz leise: „Ich besuche Sie einmal in diesen Tagen.“

Er flüchtete, wie er roth wurde: „Ja... aber... meine Wohnung... meine Wohnung... meine Wohnung ist sehr bescheiden.“

„Das macht ja nichts,“ meinte sie lächelnd. „Ich will Sie ja sehen und nicht die Wohnung.“

Nun wollte er durchaus wissen, wann sie käme. Sie setzte einen entsetzten Tag in der nächsten Woche fest, er bat sie mit leuchtenden Augen und rothem Gesicht doch früher zu kommen.

Sein Eifer machte ihr Vergnügen, und sie ließ sich einen Tag um den andern abbeteln. „Morgen... sagen Sie doch morgen!“ bat er fortwährend.

Schließlich gab sie nach: „Ja, Morgen! Um fünf.“

Er seufzte freudig auf, und nun begannen sie ruhig und so vertraut mit einander zu plaudern, als wenn sie sich seit zwanzig Jahren gekannt hätten.

Die Entreeglocke ertönte. Sie sahen auseinander, als wenn sie einen Stoß bekommen hätten.

„Es muß Laurine sein,“ flüsterte sie.

Das Kind kam, blieb sprachlos stehen, Matschte dann vor Freude Duroz zu sehen in die Hände, sprang auf ihn zu und rief: „Guten Tag, Bel-Ami.“

Frau von Marelle begann zu lachen:

„Hören Sie nur: Bel-Ami! So hat sie Laurine getauft. Das ist so ein hübscher, freundschaftlicher Beinamen für Sie, daß ich Sie auch Bel-Ami nennen werde.“

Er hatte das kleine Mädchen auf seine Knie genommen und tändelte mit ihm.

(Fortsetzung folgt.)

Sympathie-Versammlung für die belgischen Vorkämpfer für das allgemeine Stimmrecht statt, nach deren Schluss eine Kundgebung von etwa 2000 Personen im öffentlichen Aufzuge stattfand, wobei es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen kam.

**Der Panama-Schwindel** wird nun doch einer gerichtlichen Verfolgung nicht entgehen. Nur ist noch nicht bekannt, auf eine wie große Anzahl von Personen die Anklage sich ausdehnen wird, auch die Nachrichten über die Anklagepunkte sind nicht übereinstimmend. Mehrfach wird behauptet, die Anklage werde nur gewisse Unregelmäßigkeiten bei dem letzten Emissionsversuche betreffen, bezüglich sonstiger Vergehen würden die klageführenden Personen den Weg des Zivilprozesses betreten müssen. Von anderer Seite dagegen wird gemeldet, die übermäßigen Anklagenkosten der letzten Emission, die sich auf 42 Millionen belaufen, würden dem Anklagepunkt bilden. Die Unternehmer würden beschuldigt, unrechtmäßigweise allzugroße Kostenbeträge für ihre Arbeiten liquidirt zu haben. Als in die gerichtliche Verfolgung eingezogene Personen werden genannt Ferdinand und Charles de Lesseps, der Ingenieur Giffel und die Administratoren Marcus Fontaine und Baron Cottu. Die ihnen zur Last gelegten Vergehen sind Vertrauensmißbrauch und Betrug.

**Aus New-York** meldet das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“:

Der Einwanderungs-Kommissar hat gestern angeordnet, keinen Einwanderer durchzulassen, welcher nicht mit einer Eisenbahnfahrkarte, einem Gepäckschein und 10 Dollars Geld versehen ist. Infolge dessen wurden gestern 200 Einwanderer nach der Kontrollstation auf Ellis Island gebracht. Die Einwanderer sowie die Vertreter der Eisenbahn- und der Dampfschiffahrtsgesellschaften protestirten energisch, jedoch vergeblich dagegen. Die Gesellschaften drohen die Angelegenheit vor Gericht zu bringen. Das Schicksal bereitet eine Fiskal vor, worin bestimmt wird, daß die auf 20 Tage festgesetzte Quarantäne für Einwanderer künftig nur auf die Zwischen- und Passagiere anzuwenden sei.

## Parfeinachtichten.

**Protestversammlungen** gegen die Militärvorlage wurden weiter abgehalten in Rehschau (Ref. L. G. K. Stein-Weiden), Mahlan (Ref. Rosenow-Chemnitz), Böhmisch (Ref. Demmler-Geier).

In dem Flugblatt, das am Sonntag in Frankfurt a. M., Oberad, Niederrad und Bonames in einer Auflage von ca. 40 000 Exemplaren vertheilt wurde und welches vom Reichstags-Abgeordneten Wilhelm Schmidt unterzeichnet ist, heißt es in bezug auf die Kosten, welche der Militarismus erfordert: „Es ist eine ewige Schmach für die Menschheit unseres Zeitalters, daß wegen des Völkermordwahns solche Summen verwendet werden. Wie viel Nützliches hätte damit geschaffen werden können für das körperliche und geistige Wohl, für die Förderung der Gesundheit und der Bildung des ganzen Volkes!“ Zum Schluss wird auf die inzwischen in den oben genannten Orten stattgefundenen zehn großen Protestversammlungen aufmerksam gemacht und dann heißt es weiter: „Daher auf in die am nächsten Dienstag stattfindenden Versammlungen zum Protest gegen diese, das arbeitende Volk anfangende, mit der Hungerzeit in das geistige und körperliche Elend treibende Wirthschaft, damit freie Bahn geschaffen werde für die Entwicklung unseres Volkslebens zum Wohl und Glück aller Menschen, zur Freiheit und Gerechtigkeit!“

**Von der Agitation.** Erfurter Genossen vertheilten am Sonntag Flugblätter in einer Reihe Dörfern, die am äußersten Ende des an Gotha grenzenden Kreises gelegen, sowie in der von Gotha und Schwarzburg-Sondershausen begrenzten Gasse, ferner in Angleben, Andelsleben, Dachsitz, Hochheim und Mühlberg. Hier und da hatten sie Scherereien mit Ortsgewaltigen, welche die Verbreitung sozialdemokratischer Sektäre nicht gelien.

Die „Frankische Tagespost“ veröffentlicht folgenden amüsanten Artikel:

**Der dupirte Ohrstegenhistoriker.**  
(Zur Beleuchtung des unabhängigen Humbugs.)  
Motto:

„Schmiert Bücher, wie man Stiefel schmiert.“  
Ein wahrer Uhuener waltet über dem unabhängigen „Generator“ Hans Müller. Sein Kateschismus für Korruptionsgläubige erleidet nicht bloß im „Vorwärts“ Nr. 21 eine Besprechung in Satiren und Witzlichkeit, die den Erleuchteten gewiß „ganz laien-jämmerlich gerinnt“, sondern auch sein Verleger in Zürich muß ihn für „unabhängig“ erklären. — Teufel legt ieneidig jener Schrift die von ihm gegen-argenetzte, später folgende Erklärung bei, worin der Verfasser als „flüchtiger Dupe seiner eigenen Wünsche und irgend eines Seelen-venantien erschreit.“

So stolz er es auch einleitend versichert hat, daß er das „oppositivelle“ Thatsachenmaterial durchaus kenne, sein Verleger bezweifelt es, unter dem Eindruck des nachgewiesenen Gegentheils, öffentlich. Dies zu betrautigen, haben wir nicht nöthig, und in die parteipolitologischen Tiefen der Müller'schen „Korruptio-Beweise“ zu verorten, wie greisen vielmehr nach dem — teilsauf einzigen — Zahlengepanzerten, der den Forscher, „Kerker“ und Thatsachenbeis-Kritiker kläglich wiedergibt.

Auf Seite 67 seiner Schrift „entlarvt“ er vor uns die „Zürcher Clique“ als die Wurzel der „Disposition unter dem Sozialengesetz“, die der heutigen ahnungslos vorangereit, „wenn keinen „gründlichen Charakter hatte, aber — doch nicht so unbegründet war.“ — Dem, — so vermeldet der „Kerker“: „Große Unzufriedenheit erregte auch in manchen Kreisen der angesehnen Juristerei Parteigenossen die Art und Weise, wie das „Wort“ des „Sozialdemokrat“ und die damit verbundene Parteibuchhandlung geführt wurde. Es seien zu viele Beamten da, die in dem kleinen Geschäft keine genügende Beschäftigung hätten, hieße man (i) klagen. Inwiefern diese Beschwerde berechtigt war, läßt sich heute nicht mehr unterscheiden; doch a-er die Kassenführung des Herrn Motteler sehr zu wünschen übrig lies, geht aus dem „Sozialdemokrat“ selbst hervor. Dieser brachte in Nr. 47 vom 19. November 1885 folgenden Ausruf: „Im Sozialdemokrat“, Nr. 31, 1885, sind per Unterstufungs-fonds als in Deutschland eingegangene Quittung, von A. aus B. 290 M. Wir erwägen — eines wahrscheinlich waltenden Irrthums halber — den Einfluß der dringenden und sofortigen Nachricht, ob dieser Betrag korrekt (nicht etwa auf nur 2,30 M. lautend) wann und an wen eingezahlt worden ist. Vertrauensleide und Genossen wollen aufleitet hierauf aufmerksam machen und an bekannte Adressen hierher berichten.“

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.  
Dieser Ausruf steht auf den ersten Blick (i) ganz harmlos (i) aus, ist aber bei einiger (i) Ueberlegung recht bedenklich. Betrachten wir einmal die Sache: Wenn (i) 290 M. gezahlt, aber aus Versehen nur 2,30 M. gebucht wurden, dann (i) müßten also 287,70 M. zu viel in der Kasse liegen; umgekehrt, wenn (i) nur 2,30 M. gezahlt, aber 290 M. gebucht wurden, dann (i) müßten 287,70 M. in der Kasse fehlen! —

Unter tiefem Betrachtingen über „ordentliche Buchführung bei Verwaltung fremder Gelder und prompte Jahres-

abschlüsse“ konstatirt „man“ sodann, daß gegenwärtigenfalls „Anordnung und Korruption“ herrsche und fügt best darauf der Copianete zum Todesspreich aus. Der „Glaubens-Exzeze“ (i) folgt die „Katesche“).

„Wie liegt nun diese (i) Sache?“ — fährt unser Schrift-gelehrter fort: —

„Quittirt ist in Nr. 31 von 1883, also in einer Nummer vom Juli 1883 der Empfang von 290 Mark. (i) Der Kassenführer (i) weiß aber nicht, wann und von wem er die 290 Mark erhalten hat. Am 19. November 1885, also 2 1/4 Jahre später, fragt er erst darnach! Da (i) der Kassenführer (i) fragt, ob nicht etwa nur 2,30 M. gezahlt seien, so folgt daraus (i), daß nach seinem Kassenbuch 287,70 M. 2 1/4 Jahre lang in der Kasse (i) gefehlt haben (i), ohne daß er und die Revisoren, die alle Jahre hierzu extra aus Deutschland nach Zürich reisten, (i) dieses Manko (i) entdeckt hätten!“ (i) Begründet mit „weil“, „geschloßert auf „dann“ und geschlossen mit „hätten“, so veründet dieser „partei-historische“ Akt die „Thatsachenbeweise“, denen Herrn Müller's Verleger folgende Erklärung beigefügt hat:

**Erklärung.**  
Zu Seite 58 der Schrift: „Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie“ von Hans Müller habe ich den Verleger folgendes unter Beweis gestellt: Das (S. 58) aus dem „Sozialdemokrat“ Nr. 47, 1885, als Beweisstück gegen mich reproduzirte „Citat“ giebt die im „Sozialdemokrat“ gesperrt gedruckten Worte: — per Unterstufungs-fonds — in Deutschland — (eingegangen quittirt,) — nicht in Sperendruck wieder. Die Absicht des Inzerenten, damit im Voraus die Deutung anzuschließen, als sei die erstagte Summe aus Deutschland bei uns in Zürich eingegangen, wird somit verworfen. Die Expedition des „Sozialdemokrat“ selbst aber hatte mit dem materiellen Inhalt der Aufforderung absolut nichts zu thun. Letztere erfolgte vielmehr im Auftrag einer Fonds-sammelstelle in Deutschland, die unter dem Sozialengesetz nicht selber unterzeichnen konnte, daher unsere Vermittlung erbat. Die einleitende Vorrede (S. 58), sowie das weiter aus dem Wortlaute des Inzerotes Abgeleitete trifft also auf die Expedition des „Sozialdemokrat“ oder mich in keiner Weise zu.

Der im „Sozialdemokrat“ Nr. 47, 1885, unter partiellem Sperendruck gegebene Wortlaut anerkennt vielmehr den Eingang des Betrages als in Deutschland erfolgt, indem er auf die Fondsquittung im „Sozialdemokrat“ Nr. 31, 1883, ausdrücklich verweist, an deren Spitze, — (wie allen „Kreisen der eingeweihten Parteigenossen“ bekannt) — speziell über die in Deutschland eingegangenen und verwalteten Gelder quittirt wurde.

Beim „Sozialdemokrat“ in Zürich eingegangenes wurde im Briefkasten quittirt. Mit der sonach als falsch erwiesenen Abstellung auf uns, fällt auch die daran geknüpfte „Angewendung“ gegen uns in ihr Nichts zusammen. Der „anonyme“ Erfinder derselben ist mir seit 1883/84 durch zeugnisfähige Personen bekannt und hat von solchen damals klaren Beweis erhalten. Indirekt auf Kosten des Verlags oder Verfassers mit ihm abzurechnen, beabsichtige ich nicht.

Dem Verlage habe ich daher in seinem geschäftlichen Interesse anheimgestellt, seine Abnehmer rechtzeitig auf den wahren Sachverhalt, sowie auf die möglichen Folgen einer Weiterverbreitung drohenden Unterstellungen aufmerksam zu machen. Meine sachliche Erklärung der Gesamtauflage dieser Schrift begehret und allen bisherigen Verlegern ungenügend nachgeliefert zu sehen, genügt meinen nächsten Intentionen. Die Umstände aber, unter denen der Ausruf im „Sozialdemokrat“ Nr. 47, 1885, vom Einsender veranlaßt wurde, berührt ich nur als Beweis, daß die Exped. des „Sozialdemokrat“ keine Ursache hatte, ihre Unterschrift zu verweigern. Die Aufforderung betraf folgende, in einem von 1883 bis November 1885 ausgebrachten Notizbuche abseits angebrachte wörtliche Notiz des Inhabers:

„A aus B M. 290.“  
Seine per Anfang Oktober 1885 erledigten Kassabücher und Belege waren aus sozialistengesellschaftlichen Gründen, wie auch die früheren, in Zürich aufbewahrt. Von dort bekam er auf Anfrage zunächst den Hinweis auf den unter gleicher Schiffe im „Sozialdemokrat“ Nr. 31, 1883 quittirten Betrag von M. 290, der auch gebucht und verrechnet war.  
Dortin richtete er dementsprechend den bekannten Ausruf, um a b s o l u t sicher festzustellen, daß jene Notiz keine neuere Fondsgelder betreffe, die er, öfter an Hause abwesend, seinem Stellvertreter etwa ausgefolgt, — wessfalls allerdings die beiderseitigen, sonstwie korrekt bezuendeten Kassabücher, kollidirt hätten.

Der Ausruf brachte Klarheit darüber, daß die Notiz einfach die nicht durchstreichene Verurteilung des gebuchten, quittirten und verrechneten 1883er Postens war und keinerlei neuer in Frage stand.  
London, den 17. Oktober 1892.

**Zur Motteler.**  
Das Verlagsmagazin hat keinerlei Gründe, Zweifel in die ihm gewordenen Darlegungen zu dieser Erklärung zu setzen, und entspricht somit dem angeregten Vorschlag, sie allen Exemplaren des Buches „Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie“, von Hans Müller, beigegeben und nachzuliefern.  
Zürich, den 25. Oktober 1892.

**J. Schabelih.**  
Seite 15 seiner Schrift, die in französisch ein Motto von Mirabeau trägt, das sich stolz gegen die gewohnheitsmäßigen Verleumder und Kegerichter wendet, — erklärt Herr Müller: — „Es giebt Weiser, deren ganzes Dasein verlogen ist.“  
Geist Mirabeau's, erleuchte ihn und unsere Leser darüber, wo wir diese Weiser zu finden haben! —

## Versammlungen.

Die in den Omnibus, Pferdebahn und Packerfahr-Vertrieben beschaffigten Personen hielten in der Nacht vom 15. zum 16. November drei öffentliche Versammlungen ab. Die im Saale von Joel tagende Versammlung war schwach besucht. Hier referirte Genosse Stabernack. Derselbe ließ die in den letzten Wochen an die Deffentlichkeit gezogenen Leiden der Angestellten der großen Verkehrsbedriebe nochmals vor dem geistigen Auge der Versammelten Revue passiren, aus ihnen die Nothwendigkeit eines selbstgeschlossenen Zusammengehens der Berufsgenossen folgender. Wie man habe erfahren können, seien am verflochtenen Tage etwa 25 Kündigungen von Schaffnern und Kutschern der Pferdebahn erfolgt, die als Maßregelungen betrachtet werden könnten. Der Druck, welcher in den vergangenen Wochen von den Direktionen ausgeübt worden sei, um die aufblühende Vereinigung zu zerstören, habe in diesen Maßregelungen seinen kräftigsten Ausdruck gefunden. Ihn wäre wohl auch der schwache Besuch der Versammlung zu veranlassen. Den Maßregelungen müsse auf das entschiedenste entgegengetreten werden; zur Ausführung der nöthigen Maßregeln wählte man am besten zwei Personen, die mit je zwei in den beiden anderen Versammlungen gewählten Berufsgenossen eine Lohnkommission zu bilden hätten. Diese Kommission habe sich mit den Direktionen der Gesellschaften, welche Maßregelungen um der Bewegung willen vornehmen, in Verbindung zu setzen und

die Zurücknahme der Maßregelungen wie auch die Nichtvornahme von neuen zu verlangen bzw. eine Ermigung zu erzielen. Gelingen dies nicht, so müsse der Kommission das Recht bleiben, einen Streik zu veranlassen und die angebrachten Schritte zu thun. Stabernack's Ausführungen fanden Beifall. In der Diskussion sprach zunächst Schaffner Labrenz: Auch er habe seine Kündigung von der Leitung der Großen Pferdebahn-Gesellschaft erhalten, trotzdem er den Besuch der Versammlungen möglichst vermeiden habe, um nicht außer Brot zu kommen. Er sei im Feen-Palast in einer Versammlung gewesen und habe einen Zwischenruf gethan, welcher die Gesellschaft anklagte. Das müsse man wohl der Direktion angezeigt haben. So lange sei er kein Sozialdemokrat gewesen, jetzt werde er aber einer werden und so viel wie möglich agitiren. Zwei Jahre sei er nun bei der Pferdebahn; in diesem Zeitraum habe er es aber noch nicht zu einem neuen Hemde gebracht, so gut sei der Lohn für die angestrenzte Thätigkeit. Redner wies dann nach, wie durch eine Menge von Umständen die Arbeitszeit immer über das angenommene Maß von etwa 12 bis 18 Stunden hinausgehe und oft 15 und 16 Stunden betrage. Einer der größten Uebelstände sei, daß die Schaffner an bestimmten Tagen nicht nach Hause gehen könnten und in einem Bett schlafen müßten, das alle vier Wochen mal überzogen werde, während alle Tage ein anderer darin schlafe. Wer noch gesund sei, könne hierdurch krank werden, denn leicht könne einer der Schläfer eine ansteckende Krankheit haben. Der Redner forderte, wie dann ebenfalls die Herren Seidel und Gröppler, zum Anschluß an die Organisation auf. Folgende Resolution fand darauf einstimmige Annahme:

Die Versammlung erklärt, daß die Entlassungen und Maßregelungen der Angestellten, welche von der Direktion vorgenommen wurden und werden, um eine Berufsorganisation der Bediensteten der großen Fahrbedriebe zu hindern, geeignet sind, diesen das Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Die Versammlung erklärt, daß trotz diesem die Verkehrsbediensteten sich nicht abhalten lassen werden, von dem ihnen nach dem § 162 der Reichs-Gewerbe-Ordnung zustehenden gesetzlichen Rechte Gebrauch zu machen. Außerdem beschließt die Versammlung, daß die zu wählende Lohnkommission alle gesetzlichen Mittel anzuwenden hat, um die Maßregelungen rückgängig zu machen und zu verhindern und sollte es selbst durch das Mittel des Streiks sein.

Die Versammlung beschloß die Wahl von zwei Personen zur Lohnkommission, welche mit den in den übrigen Versammlungen gewählten vier Personen zusammen die Forderungen der Verkehrsbediensteten den Direktionen zu unterbreiten haben. Gewählt wurden die Herren Borchert und Haude.  
Zum Schluß beleuchtete noch ein Angestellter der Packerfahrt die bei derselben herrschenden Uebel, deren besondere Besprechung Genosse Stabernack für eine zukünftige Versammlung in Aussicht stellte.

Ueber die zur selben Zeit im „Märkischen Hof“ stattgefundenen Versammlung erhalten wir folgenden Bericht: Es wurde zunächst in der Versammlung festgestellt, daß auf allen Bahnhöfen diejenigen entlassen wurden, welche sich hervorragend an den Organisationsbestrebungen der Verkehrsbediensteten betheilig hatten. Der Vorsitzende der Versammlung führte an, daß die Direktion der Großen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft die Haltezeit für die Wagen der Linie Nirdorf-Spittelmarkt auf den Endstationen von 12 auf 6 Minuten herabgesetzt habe, wodurch den Angestellten auch jede Möglichkeit zum Einnehmen der Nahrung entzogen sei; denn in den meisten Fällen gelangen die Wagen an der Endstation mit 1-2 Minuten Verspätung an. Ferner hat der Schaffner Lonschinsky vom Depot Nirdorf es fertig gebracht, seine Kollegen, welche er erst zur Theilnahme an der Organisation aufforderte, dem dortigen Inspektor namhaft zu machen. Außerdem wurde noch angeführt, daß die Direktion diejenigen Leute, welche jetzt eingestellt werden, schriftlich verpflichte, keine Versammlungen zu besuchen und sich nicht dem Verein anzuschließen; außerdem sei heut in Nirdorf bei Hoffmann von „ausgesimten“ Vorgesetzten ein „Theabend“ eingerichtet worden, um die Bediensteten vom Versammlungsbesuch zurückzuhalten. Klein besprach und erläuterte das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit und brachte außerdem noch interessante Details über die Verhältnisse in den Betrieben der Gr. Berl. Pf.-Ges. zur Kenntnis der Versammelten. Ein Antrag, welcher die Wahl von 2 Personen zu einer sogen. Lohnkommission verlangte, wurde einstimmig angenommen. Diese Lohnkommission solle sich aus sechs Bediensteten mit Einschluß eines Auswahlmittgliedes der Streik-Kontrollkommission zusammensetzen welche dann der Direktion folgende Forderungen zu unterbreiten habe:

1. Die Unterlassung jeder ferneren Maßregelung von Bediensteten und die Wiederherstellung der bereits Entlassenen und Gemahregelten. — 2. Festsetzung eines Lohnjahres für Kutscher und Schaffner von 90-120 Mark, für Stallente von 78-100 Mark. — 3. Einführung einer zehnstündigen Arbeitszeit mit Einschluß aller Nebenarbeiten. — 4. Festsetzung einer halbtägigen Mittagspause.

Der Vorsitzende Faber führte aus, daß, wenn die Direktion nur den guten Willen zeigen wolle, sie diese Forderungen leicht bewilligen könne. Bewillige sie diese Forderungen nicht, so habe sie die Folgen zu tragen. Außerdem ist Redner der Meinung, die Direktion habe durch die Maßregelungen klar gezeigt, daß es ihr um eine andere für beide Theile bessere Regelung dieser Sache gar nicht zu thun sei; sie wolle eben unumschränkt über ihre Arbeiter herrschen. — Es wurden nunmehr die gemahregelten Schaffner Mublagl und Barth mit großer Majorität in die Lohnkommission gewählt. Ferner wurde folgende Resolution, nachdem noch dazu verschiedene Redner gesprochen, einstimmig angenommen.

Die Versammlung erklärt, daß die Entlassungen und Maßregelungen der Angestellten, welche von der Direktion vorgenommen werden, um eine Berufsorganisation der Bediensteten zu hindern, geeignet sind, den Angestellten das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Die Versammlung erklärt trotz diesem, daß die Verkehrsbediensteten Berlins sich nicht abreden lassen werden, von dem ihnen gesetzlich zustehenden Rechte des § 162 der Reichs-Gewerbe-Ordnung Gebrauch zu machen.

Außerdem beschließt die Versammlung, daß die Lohnkommission alle gesetzlichen Mittel anzuwenden hat, um die Maßregelungen aufzuheben und sollte es selbst durch das Mittel des Streiks sein.

Durch die Annahme dieser Resolution wurde der Lohnkommission mitthin eine Direktive gegeben, nach welcher sie nöthigenfalls zu handeln hat.

Nach einer kürzeren nochmaligen Debatte über die vorstehende Resolution erfolgte Morgens 9 Uhr Schluß der Versammlung mit einem dreimaligen braudenden Hoch auf die Bewegung der Verkehrsbediensteten Berlins.

**Verband der Berliner Arbeiter, Kutscher und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen.** Donnerstag, den 17. November, Abends 8 Uhr, bei der Rosenstraße, 88.  
**Schulrat des Berliner Arbeiter und Arbeiterinnen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen.** Donnerstag, den 17. November, Abends 8 Uhr, bei Holz. Alt-Jahobstr. 75; Vortrag des prof. Krates Herrn Dr. Guttman. Uebungsstunde. Ausgabe der Mitglieder.  
**Blaustrichklub der Hausdiener.** Große Versammlung am Donnerstag, den 17. November, Abends 9 Uhr, bei Sommer, Grünstr. 21. Vortrag über „Hochschritt und Gemuth.“  
**Donnerstag. Verein für Eisenbahnreform.** den 17. November, Abends 9 Uhr: Öffentliche Versammlung im Restaurant „Zum Palast“ am Alexanderplatz, Börsen 6. Eingang gegenüber dem Polizeipräsidium. Tagesordnung: 1. Besprechung über die zu veranlassende Volks-Vereinigung. 2. Der holländische Eisenbahn-Reformverein.

1) Bibelzitat.  
2) Unterrichts durch Frage und Antwort.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

**Donnerstag, 17. November.**  
**Opernhaus.** Genesius.  
**Schauspielhaus.** Meister Walzer.  
**Festung-Theater.** Die Orientreise.  
**Berliner Theater.** Der Hattenbesitzer.  
**Wallner-Theater.** Sodoms Ende.  
**Deutsches Theater.** Solo's Vater.  
**Kroll's Theater.** Johann von Bothingen.  
**Residenz-Theater.** Im Pavillon.  
**(Le Parfum).**  
**Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Pariser Leben.  
**Thomas-Theater.** Der Einsam.  
**Adolph Ernst-Theater.** Die wilde Madonna.  
**Alexanderplatz-Theater.** Sport-Mädel.  
**National-Theater.** Mario Stuart.  
**Spolka-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Theater der Reichshallen.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Gebrüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Adolph Ernst-Theater.**  
**Die wilde Madonna.**  
 Gesangsposse in 3 Akten von L. Traplow.  
 Couplets von G. Görs. Musik von G. Stoffens.  
 Mit neuen Kostümen und Dekorationen aus dem Atelier des Herrn Lütkemeyer in Coburg.  
 In Szene gesetzt von Adolph Ernst.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Alexander-Platz-Theater.**  
 Heute Abend 7 1/2 Uhr: zum 4. Male:  
**Sport-Mädel.**  
 Große Posse mit Gesang, Tanz und Tableau in 4 Bildern von J. Kraus u. A. Schönfeld.  
 Musik von Max Lustig.  
 Mit vollständig neuer Ausstattung.  
 Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.  
 Morgen: Sport-Mädel.

**American-Theater.**  
**Neu! Die Trockenwohner,**  
 oder „Das Kind in der Kommode“, parodistisch-realistischer Vorgang im Keller, beobachtet von Hof aus, von Oskar Wagner. Hauptrolle: Der urkomische Feudie.  
 Jeden Abend jubelnder Beifall.  
**Der feine Reizner.**  
 Berliner Lokalposse von O. Wagner.  
**Neu! Die Wiener Original-Soubrette**  
**Clotilde Kowala.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf.  
 Sonntags 8 Uhr.

**Passage-Panoptikum.**  
**Fuß!!**  
**ein**  
**9 Riesen-**  
**Kind!!!**  
 Ohne Extra-Entrée.  
 von 11-1 und 4-9 Uhr.

**Castan's Panoptikum.**  
 Sensationell!  
**Brinzeu Topase.**  
 Vorstellungen 11-1 und 4-9 1/2 Uhr.  
 Täglich.  
**Dhne Extra-Entrée.**  
 Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

**Gratweil's Bierhallen**  
 Kommandantenstraße 77-79.  
 Täglich:  
**Borussia-Konzert- und**  
**Komplet-Sänger.**  
 Wochentags frei.  
 Sonntags 80 Pfennig.  
 Kinder 10 Pf.  
**Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.**  
 Zwei Säle  
 zu Versammlungen und Vergnügungen,  
 sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen.  
**F. Sedelke.**

**J. R. Bauer, Neue Königstr. 56, I.**  
**Complete Wohnungs-Einrichtungen,**  
 2 Wohnzimmer, 1 Schlafzimmer und Küche M. 1300,  
 1 do. do. do. do. 600,  
 wie dieselben in der Möbel-Ausstellung zu sehen waren, und zu jeder Zeit bei mir am Lager sind; auf Wunsch auch noch billiger!

**Neu. Sozialisten-Marsch Neu!**  
 für Zither  
 erschien, sowie alle Arbeiterlieder auf Spielböfen zum Drehen und selbstspielend. 8290L.  
**Lager in allen Schlag-, Streich- u. Blasinstrumenten.**  
 Lausitzerstr. 51, **Aug. Kessler,** Lausitzerstr. 51,  
 Instrumenten-Geschäft.

**Gegen die Militärvorlage!**  
 In zweiter Auflage erschienen (siehe):  
**100 000 Soldaten mehr!**  
 Ein Wort zur Militärvorlage von Emil Hofenow.  
 Nach Form und Inhalt vorzüglich zur Agitation geeignet. Preis 10 Pf.  
 Wiederverkäufern höchster Rabatt. 8289L.  
 Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

**Kathreiner's Kneipp Malz-Kaffee**  
 Nur in Packeten mit dieser Schutzmarke.  
 Patentierte Fabrikations-Verfahren.  
 Vorzüglichster Zusatz und Ersatz für Bohnenkaffee.  
 Malz mit Kaffee-Geschmack.  
**Kathreiner's Malz-Kaffee-Fabriken München,**  
 Wien-Basel-Mailand-Dijon,  
 Filialen in Berlin und Paris.

**Echter Langensalza'er Kautabak**  
 von **Gebrüder Adler.**  
 31062  
 Zu haben in den meisten Tabakhandlungen Berlin und Umgegend.  
 Cigaretten-Engros-Lager in den Preislisten von N. 25.- bis N. 100.-  
**Haupt-Niederlage: Jüdenstrasse 20.**

**Circus Renz.**  
 (Karlstraße.)  
 Donnerstag, den 17. November 1892,  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Große Vorstellung.**  
 Auftreten sämtlicher Künstler-Spezialitäten 1. Rang. Außerdem: Konfirrenz-Schule, ger. v. d. Damen Hel. Clotilde Pöger u. Oceana Renz. Mr. James Pills, der beste Schachmeister der Welt, u. d. Schulsprecher Gorminal. Gebr. Marthetti, weltberühmte Akrobaten. Zum Schluss: Auf Helgoland mit neuen Tanzszenen, u. a.: 1. Garde-Regiment in Parade-Uniform, Hamb. Bürgerwehr. Ballet von 82 Damen.  
 Morgen und folgende Tage Abends 7 1/2 Uhr: Vorstellung mit neuem Programm und „Auf Helgoland“. Billet-Vorverkauf durch den „Invalidentank“, Markgrafenstr. 51a.  
**Fr. Renz, Direktor.**

**Circus Corty-Althoff.**  
 Berlin, Friedrich-Harl-Platz,  
 Ecke Karlstraße.  
 Donnerstag, den 17. November:  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**Extra-Vorstellung.**  
 1. Mal: Der Napphengst Osman Pascha als Lustschiffer, dress. u. vorgef. v. Dir. Althoff (Original-Dressur). 2. Austr. d. phänom. Stelzenkünstlers Mr. Harry. Mr. Cooks, best. Jongleur u. d. Gegenwart. Außerord. Auftreten sämtl. Künstler-Spezialitäten, Reiten u. Vorf. bestdress. Schul- u. Freizeitsperde.  
 Morgen, Freitag: **Komiker-Vorstellung.**  
 Sonnabend: **I. Gala-Sports-Vorstellung.**

**Kaufmann's Variété**  
 Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.  
 Das großartigste Spezialitäten-Programm der Residenz.  
**Familie Lars-Larsen,**  
 Elite-Parforce-Gymnastik-Truppe.  
**Brooks & Duncan,**  
 Original-Kongo-Neger.  
**Charles Liffon,**  
 Athlet auf dem Drahtseil.  
**Brothers Baret,**  
 The Two Fennog-Gentlemen.  
**The Original-Satours,**  
 Anatomisches Wunder.  
 Jeden Abend stürmischer Erfolg.

**ALKAZAR**  
 Concert-Haus  
 Dresdenstr. 32/33, City-Passage.  
 92921 Heute: Große  
**Spezialitäten-Vorstellung.**  
 Austr. Künstler allerer. Rang. Kasseneröffnung 8 Uhr.  
 Entree 30 Pf.  
 Familien-Abonnement monatlich 1 M., reserviert 1.50 M.  
**R. Winkler.**  
 Ein Vereinszimmer ist zu vergeben. Kronenkirchplatz 1 bei Tiefen. 88b

**Feen-Palast**  
 Burgstraße, neben der Börse.  
 West-Lokal Berlin, 5000 Pers. fassend.  
 Täglich  
**Gr. Spezialitäten-Vorstellung**  
 mit abwechselndem Programm.  
 Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Entree 50 Pf.  
 Jeden Mittwoch und Sonntag Nachm. Grosses Familien- und Kinderfest mit Gratis-Verlosungen und Spezialitäten-Vorstellung.  
 Anfang Mittwoch 4 Uhr, Sonntag 3 1/2 Uhr.  
 Entree für Kinder wie Erwachsene 1. Platz 50 Pf., II. Platz 25 Pf.  
 Vereinszimmer 50-60 Personen fassend z. vergeben, auch als Zahlstelle voll. Gleichzeitig empf. mein neu eröffnetes Lokal zum gefäll. Besuch.  
 59b **D. Friebe,** Lausitzerstr. 23.

**Spitzel auf Reisen.**  
 Ein neues Gesellschaftsspiel.  
 Preis 75 Pf.  
 Verlag: **Hans Baake,**  
 Berlin S., City-Passage.  
 Kolporteurs, auch außerhalb, gesucht. Habacht.  
 Muster geg. Einsend. v. 65 Pf.  
 1577

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
**Versammlung**  
 am Donnerstag, den 17. Nov., Abends 8 1/2 Uhr, in Pape's Salon (fr. Knebel), Bahle 58.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht).  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.  
 Um rege Theilnahme ersucht  
**Der Vorstand.**

**Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen**  
 am Sonntag, den 20. November, Abends 6 Uhr, in der Berliner Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.  
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Hoffmann-Zeit über: Die zehn Gebote und die bestehende Klasse. 2. Diskussion.  
 Der Einberufer.  
 Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz, veranstaltet vom Sozialdemokratischen Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Um zahlreichen Besuch bittet  
**Der Vorstand.** 1587b

**Achtung! Bäcker! Achtung!**  
**Öffentliche Versammlung**  
 heute, Donnerstag, Nachm. 3 Uhr, in den Andreas-Gesellschaftsälen, Andreasstraße Nr. 21.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Fragestellungen und das ganze Wesen der Genossenschafts-Bäcker. Referent: **J. Schlüter.** 2. Bericht über die von der Reichskommission veranlasste Erhebung der Arbeiterfrage. Berichterstatter **E. Kretschmer.** 3. Verschiedenes.  
 Die Arbeitgeber sind zu dieser Versammlung speziell eingeladen. Die Firma ist brieflich dazu eingeladen.  
**Der Einberufer:**  
 96/8 **Wilhelm Weisenstein.**

**Große öffentliche Versammlung**  
 Donnerstag, den 17. November, Abends 9 Uhr, im Eiseller, Chausseestraße 88.  
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen **J. Witz** über „Kapital und Arbeit“. 2. Die Geheimnisse der Honigkuchen-Fabrikation. Nähere Erläuterung und Antwort auf die Vertheidigung der Firma **Chrodor Hildebrandt & Sohn.** Referent: **Kollege Koch.** 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.  
 Die Arbeitgeber sind zu dieser Versammlung speziell eingeladen. Die Firma ist brieflich dazu eingeladen.  
**Der Einberufer:**  
 96/8 **Wilhelm Weisenstein.**

**Grosse öffentliche Maurer- und Bnzer-Versammlung**  
 Berlin und Umgegend  
 am Sonntag, den 20. Nov., Vorm. 10 1/2 Uhr, im Feen-Palast, Burgstraße.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag des Genossen **Meiß-Köln:** Die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
**Die Vertrauensleute:**  
**Heinrich Schigolski, H. Gräscho.**

**Rummelsburg.**  
 Sonntag, den 20. November, Nachmittags 4 1/2 Uhr;  
**Öffentliche Versammlung für Frauen und Männer**  
 im Lokal des Herrn **Weigol,** Türschmidtstraße 45.  
 Tagesordnung:  
 1. Vortrag über: **Aberglaube.** Referentin **Jeau Kobrlak.**  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
 Zur Deckung der Unkosten findet Teilerhebung statt.  
**Der Vertrauensmann.** 986/3

**Freie Volksbühne.**  
 Am Sonntag, 20. November, findet für die 1. Abtheilung, am Sonntag, 27. November, für die 2. Abtheilung, am Sonntag, 4. Dezember, für die 3. Abtheilung, eine Vorstellung im National-Theater, Gr. Frankfurterstr. 132, statt.  
 In den Vorstellungen gelangt zur Aufführung:  
**Der freie Wille.**  
 Schauspiel in 8 Aufzügen von Hermann Faber.  
 Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen **Clara Brehm** und **Käthe Gries,** der Herren **Haack, Stiel, Wesselsky** vom National-Theater und den Mitgliedern des „Festung-Theaters“ **Hr. Mario Ernst** und **Herrn Richard Jürgas.** Die Regie hat **Herr Oskar Göcker,** Mitglied des Festung-Theaters, übernommen.  
 Die Vorstellungen beginnen stets um 2 1/2 Uhr Nachmittags, die Verlosung um 1 1/2 Uhr. Die Mitglieder werden dringend ersucht, bis spätestens 2 1/2 Uhr zu erscheinen, damit keine Störungen kurz vor Beginn der Vorstellung eintreten.  
 Diejenigen Mitglieder, die aus irgend welchen Gründen die Vorstellungen ihrer Abtheilung nicht besuchen können, haben das Recht, die Vorstellungen einer anderen Abtheilung zu besuchen, soweit der Raum es gestattet. Ein Ausweis des Kassiers ist nicht nötig, doch bittet der Vorstand nur in ganz besonderen Fällen von diesem Recht Gebrauch zu machen, da zuerst die Mitglieder derjenigen Abtheilung berücksichtigt werden müssen, für die die Vorstellung bestimmt ist. Extrascine für diejenigen Mitglieder, die zweimal die Vorstellungen besuchen wollen, werden in jeder Vorstellung, auch bei der ersten, ausgegeben, soweit der Raum gestattet. Auch diese Scheine ist ein Ausweis des Kassiers von jezt ab nicht nötig.  
 Mitglieder für die 3. Abtheilung werden in allen Zahlstellen aufgenommen gegen Zahlung des Einschreibegeldes von 1 M. und des Beitrages für den Monat Dezember von 50 Pf. Der Beitrag für November braucht von den Mitgliedern der 3. Abtheilung nicht mehr gezahlt zu werden.  
 Infolge vieler Anfragen wird den Mitgliedern mitgeteilt, dass die Vorstellung der 3. Abtheilung vom 19. November von 985 Personen besucht wurde und zwar von 547 Mitgliedern der 3. Abtheilung und 438 Mitgliedern, die die Vorstellung zum zweiten Mal besucht haben.  
**Der Vorstand der „Freien Volksbühne“:**  
**J. A.: Julius Türk, SW, Solmsstr. 24.**

**Arbeiter-Gesangverein „Nord“.**  
 Die Übungsstunde findet am Freitag nicht mehr bei Herrn **Nikolay,** Elisabethkirchstraße 14, sondern bei **Keller, Bergstr. 68,** statt. Um zahlreiches Erscheinen bittet  
**Der Vorstand.**  
 1577

# 1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 270.

Donnerstag, den 17. November 1892.

9. Jahrg.

## Parteitag

### der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Zweiter Verhandlungstag.

Berlin, 16. November.

Singer eröffnet um 9 1/2 Uhr die Verhandlungen mit der Mitteilung der eingegangenen Schreiben. Die Parteigenossen in Remo theilen mit, dass Genosse Schmitzer in den Landtag gewählt worden sei. (Bravo!) Genosse Niesop bezeichnet in seinem Schreiben an den Parteitag die gestrigen Ausführungen des Delegierten Vogt (nicht Hofkin) aus Bromberg, soweit sie sich auf seine Person beziehen, als unwahr. Begrüßungsschreiben sind eingetroffen aus Wien (Redaktion des „Handlungsgehilfen“), Granada (durch Stever) und aus Konstanz.

Hierauf wird zur Wahl der Siedenerkommission, die die Siedener Angelegenheit zu prüfen hat, geschritten. Die Wahl erfolgt durch Liste. Das Ergebnis wird in der Nachmittagsung festgestellt werden.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten und die Diskussion zu Punkt 1 und 2 fortgesetzt.

Zunächst wird die Unterstützungsfrage für alle bisher zu diesen Punkten eingelaufenen Anträge aus der Mitte der Delegierten gestellt. Der Antrag Hoch, der gestern mitgeteilt worden, findet nicht die nötige Unterstützung.

Krahl-Kottbus-Sprengberg bespricht die Landagitation. Er sei auf dem Lande groß geworden. Bei der Auswahl der Land-Agitatoren müsse man äußerst vorsichtig sein. Höchst schonend müsse mit den Glaubensgrundlagen der Landleute umgegangen werden. Gezielte Proschüren müssen geschrieben werden, wie die von Adolf Hoffmann: „Die zehn Gebote und die herrschenden Klassen“ und „Die Sozialdemokraten kommen.“ Es sei verfehlt von der Berggesellschaft des Grund und Bodens (Na na!) zu sprechen. Die Einsicht komme allmählich.

Legien-Hamburg nimmt den Antrag Hoch-Frankfurt am Main wieder auf. Die Unterstützung reicht jetzt aus.

Legien tadelt die decimalige Empfehlung einer Kirchenbauunterstützung durch die „Münchener Post.“ Es seien bezahlte Nekamen gewesen, die sich unmittelbar an den redaktionellen Text angeschlossen hätten, so daß ungeweihte Zeitungsleser es für redaktionelle Empfehlung halten konnten. Die Handlungsweise der Redaktion verstoße gegen das sozialdemokratische Prinzip. Im weiteren empfiehlt Redner den ersten Teil des Hoch'schen Antrages; der zweite sei überflüssig. Auch den Antrag Grünwald (Angelegenheit Kuer-Prezypulski) bittet Redner anzunehmen.

Poz-Prignall schildert die Schwierigkeiten der Agitation in kleineren Orten.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Schumacher bespricht, daß Cholerafurcht im Kreise vieler nicht gesprochen zu haben.

Der Herr Stettin rechtfertigt das Stettiner Parteiblatt wegen der Aufnahme von Inseraten gebrochener Lokale.

Auf besonderen Beschluß des Parteitages erhält das Wort der sonst durch Schluß der Debatte an einer Erwiderung verhinderte Genosse

Wilkhelm Liebknecht: Es ist eine Erscheinung, die sich auf allen unseren Parteitagen, besonders auf denen vor dem Sozialistengesetz, gezeigt hat, daß die Redakteure der Parteiblätter wie die Juden am Wahl stehen müssen. Im Vergleich mit dem, was früher gesagt worden, ist das Diesmalige noch gering. Niemand kennt die Mängel besser, als wir. Wollten wir alle Einsendungen bringen, die von außerhalb an uns gelangen, so müßten wir ein vier- bis fünfmal so großes Blatt haben. Wir müssen mit dem Raum sparsam umgehen. Der „Vorwärts“ sei eben auch das Lokalblatt der Provinz. Das Schlimmste sei der Mangel an geeigneten Kräften. Als er (Redner) von Leipzig nach Berlin übergesiedelt sei, um als Chefredakteur des „Vorwärts“ zu fungieren — nicht ohne erst einem starken Andrängen des Parteivorstandes zu folgen — da habe er sich gesagt, der „Vorwärts“ müsse, entsprechend der Bedeutung der Partei, für die er das Zentralblatt sei, auch ein bedeutendes Blatt werden. Aber er habe sich geirrt. Es sei vorerst gar nicht möglich gewesen, über alle Vorgänge auf geistige Weise zu verbreiten. Außerdem habe er sich auch davon überzeugt, daß das Gros der Parteigenossen daran kein Interesse habe. Die Minderheit der vorgeschrittenen Genossen habe in der „Neuen Zeit“ ihr Organ.

Daß der „Vorwärts“ nicht tadelloß sei, das wolle er gerne zugeben. Aber man möge doch die Umstände berücksichtigen. Die Partei sei richtig schnell gewachsen und die Zahl wirklich tüchtiger Redakteure habe nicht damit Schritt gehalten. Dann sei der zweite Redakteur, Dr. Bruno Schönlank, überarbeitet, krank, auf längere Zeit gezwungen, hinter die Front zurückgetreten. Und ein wie großer Unterschied besteht nicht zwischen den Redaktionen bürgerlicher und sozialdemokratischer Blätter. Ja uns denn auch nur für einen Tag ein ruhiges Zusammenarbeiten möglich? Entweder man wird durch die Polizei belästigt, oder ein Redakteur wird verurteilt; und plötzlich wird dadurch eine Lücke in die Redaktion gerissen, die selbst habe im Reichstag zu erscheinen und werde für Agitationsreisen stark beansprucht.

Auf alle Fälle sei aber gegen früher der „Vorwärts“ doch ein anderes, besseres, größeres Anforderungen entsprechendes Blatt geworden. Die Bemerkung eines Redners, daß die politische Ueberherrlichkeit des „Vorwärts“ sich durch langweilige Monotonie auszeichne, und daß derjenige, welcher ein Vierteljahr diese Studierarbeit, sie auswendig könne, sei gänzlich hinfällig. Dann sei jedesfalls der betreffende Redner diejenige Person, die die politische Ueberherrlichkeit derart mannigfaltig gestalten könne und nach der man so lange gesucht habe. (Heiterkeit.)

Der Vorwurf, daß der „Vorwärts“ in seiner Polemik mit den Unabhängigen nicht immer korrekt gehandelt habe, sei auch nicht so wie er vorgebracht worden, richtig. Diese Polemik gilt nicht den paar unbedeutenden Zeitungen, die sich Unabhängige nennen, sondern einer Macht, der gegnerischen Presse, die mit Vorliebe die Funktionen der Unabhängigen gegen die Partei ausübt. Auf die wesentliche Frage übergehend, bemerkte Redner, daß sein Gehalt wohl vielen Genossen hoch erscheine, aber es würde ihm nicht einmal möglich sein, damit auszukommen, wenn er nicht durch Neu-Ausgaben seiner Schriften Nebeneinkommen beziehe. Ich selbst bin so arm, wie nur einer von Ihnen, ist und ich lebe in proletarischer, wie jeder einzelne von Ihnen. Aber die Möglichkeit, daß eine Ausgleichung in der Lebenshaltung nach unten stattfinden muß, ist grundsätzlic. Auch die Delegierten sind in gewissem Sinne alle Aristokraten, verglichen mit den schließlichen Massen. Was würden Sie nun sagen, wenn diese das Verlangen an Sie stellen wollten, es solle kein Mensch ein höheres Einkommen als die Weber selbst haben? Für mich selbst würde ich wahrlich nicht ein solches Gehalt beanspruchen, aber ich muß darauf sehen, daß meine Kinder diejenige Erziehung erhalten, die nötig ist. Sie werden später gewiß keine leichte Stellung haben, und deshalb muß ich meine Söhne, die jetzt groß geworden sind, für den Kampf um's Dasein rühen.

Er habe seine Redakteursbahn mit einem Monats-

gehalt von 60 Mark begonnen. — Ich bin aber nicht von der Partei abhängig, und die Partei ist nicht von mir abhängig. Ich würde mich weit besser finden, wenn ich in Leipzig geblieben wäre, thätigst bringe ich also ein Opfer.

Im Uebrigen thue der „Vorwärts“ was er kann. Die Hauptaufgabe, es bestehe ein Ring, von dem tüchtige Elemente ferngehalten würden, sei ganz hinfällig, so habe der Parteivorstand dem geistig bedeutendsten der jetzigen Unabhängigen den Redaktionsposten angetragen, dieser habe aber aus Gesundheitsrückichten abgelehnt. Es ist kein Ring vorhanden. Jeder kann hinein, der das nötige Zeug und die nötige Lichtigkeit hat. (Beifall und Handklatschen.)

Das Schlusswort erhält der Berichterstatter H. Fischer. Redner bespricht die einzelnen zu Punkt 1 und 2 gestellten Anträge und legt die Stellung des Parteivorstandes dazu klar. Im weiteren stellt Redner eine Anzahl Unrichtigkeiten, die in der Debatte den Rednern unterlaufen sind, richtig. Vom Parteisekretariat sollen Briefe im Tone eines persönlichen Unterschrifters geschrieben worden sein. Das sei eine der Legenden, die allmählich den Schrein der Wahrheit anzunehmen scheinen: Nuer sei groß und Fischer nicht viel feiner. Der Vorwurf sei ganz entschieden zurückzuweisen, es müsse verlangt werden, daß die Beweise dafür gebracht werden. Im Gegentheil müsse viel eher von manchen Briefen der Genossen an den Vorstand verlangt werden, daß in ihnen das Sekretariat als Mitarbeiter für die schlechte Laune der Genossen dienen. Die Briefe des Sekretariats seien sachlich und in einem Tone geschrieben, wie ihn die Genossen von ihren angestellten Beamten zu verlangen hätten. Redner wendet sich zu den Ausführungen Hoch's und hebt hervor, daß er, was die Programmschöpfung anlangt, nur gesagt habe, es reiche nicht aus, eine solche Proschüre zu schreiben, man müsse eben auch die Männer haben, die sie schreiben könnten, daß sie alle Wünsche befriedigt. Dem von Legien aufgenommenen Antrag Hoch bittet Redner abzusehen. Das Sekretariat sei mit Arbeiten überhäuft. Ein deutliches Bild von der Tiefe der Agitation könne durch die Liste doch nicht geschaffen werden. Nur mit Hilfe der Vertrauensleute sei eine solche Liste aufzustellen. Da müsse denn auch ein Mangel über die Parteigenossen im Lande festgestellt werden. Vergebens sei angefordert worden, regelmäßige Mitteilungen über Bemerkungen zu der Rubrik „Unter neuen Kurle“ einzusenden. Das Sekretariat sei auf die Mitteilungen der Parteipresse angewiesen. Die Vertrauensleute seien eben auch mit Arbeiten überhäuft, so daß die Befürchtung vorliege, daß der Antrag Hoch ein Antrag nur auf dem Papier bleiben würde. Mit der Kritik der Gebälter mache man es einer Anzahl feinsäugiger, sentimentaler Personen unmöglich, länger im Dienste der Partei zu bleiben. (Sehr richtig.) Es sei nicht jedermanns Sache, sich dieser Kritik befähigt anzusehen. Was für die Handarbeiter recht sei, sei für die Kopfarbeiter billig. Weil ein paar eheliche Buben das Schlagwort von der Parteipresse erfunden, deshalb glauben einige Genossen, diese Kleinigkeiten vorbringen zu müssen. (Zustimmung.) Die Frage ist so zu stellen: Ist die Zeitung gut, dann muß das Gehalt das Äquivalent dazu sein. Liebknecht habe in den ersten Jahren 30—25 Thaler monatlich als Redakteur gehabt. Da sei nie auf den Kongressen gefogt worden, das sei zu wenig; es gehe nicht an, daß ein Redakteur weniger habe, als ein einigermassen geschickter Seher. Wenn wir heut in der glücklichen Lage sind, ein Gehalt zu zahlen, das den Leistungen einigermaßen entspricht, so haben wir die Pflicht, es zu thun. In einer ganzen Reihe von Parteizeitungen wird die Kraft des Redakteurs aufs äußerste ausgenutzt. Von früh bis spät soll der Redakteur tätig sein, an den Abenden, an den Sonntagen reden und agieren, und dabei ist die Bezahlung des Redakteurs oft schlechter, als die der letzten Seher im Geschäft. (Zustimmung.) Was die Klagen über den „Vorwärts“ betrifft, so war ich auf ganz andere, wichtigere gefogt. Ich habe mich geradezu gewundert über die Bedeutungslosigkeit dieser Angriffe. Ich dachte vor allem, daß die Vertreter der Provinzpresse ihre Schmerzen über den „Vorwärts“ zum Ausdruck bringen würden. Der „Vorwärts“ bringt in seiner „Politischen Ueberherrlichkeit“ fast nur Reasonnements, das thätigste Material an politischen Tagesereignissen oder fehlt. Und es wäre doch seine Aufgabe, dieses Material der Provinzpresse zur Verfügung zu stellen. Auch ich bin der Meinung, daß der „Vorwärts“ nicht auf der Höhe seiner Aufgabe steht, aber die Einwände, die hier über einzelne seiner Notizen laut geworden sind, gehören nicht hierher. Das sind Dinge, die vor die lokale Kommission gehören und von ihr entschieden werden müssen. Es liegt mir fern, irgend einen Vorwurf gegen die Person des Chefredakteurs zu erheben. Sie alle sind schuld daran, wenn der „Vorwärts“ nicht das ist, was er sein sollte. Was verlangen Sie nicht alles von Liebknecht? Er ist Chefredakteur, Parteisekretär, Agitator, Führer, Abgeordneter. So zerstückeln Sie seine Kraft. Er kann sie nicht ausschließlich auf den „Vorwärts“ konzentrieren. Sachlich sollte auch diese Frage behandelt werden, nicht persönlich. Was die „Neue Welt“ betrifft, so theilt der Vorstand die Ansicht, daß ihre Gestalt, ihre Erscheinungsweise, ihr Inhalt den Wünschen der Partei nicht gerecht wird. Ein Fehler aber ist es, zu sagen: Wie ganz anders war die alte „Neue Welt“. Viele, die so reden, haben die alte „Neue Welt“ wohl gar nicht gelesen. Denn auch damals war die ganze Partei einig darin, daß die „Neue Welt“ nichts taugte. Nicht Verfolgungen, nicht das Sozialistengesetz haben ihr den Garaus gemacht, an der allgemeinen Kaugeweile ist sie eingeschlagen. Jetzt aber steht man mit einem Male unter dem Eindruck, als hätte man ein verloren gegangenes Glück zu beklagen. Noch ein Wort über Liebknecht. Volle vierzig Jahre steht er im Parteidienste, und niemals hat er Rücksicht auf das eigene Wohlbegehren genommen. Stets war für ihn entscheidend: Was erfordert der Dienst, das Interesse der Partei von mir! (Beifallige Zustimmung.) Er hat der Partei seine ganze Zeit und Kraft geopfert. Noch heute ist Liebknecht als Führer, als Schriftsteller und Agitator der Partei einzig und unerreicht, unersetzbar für die Partei. Wo ist eine Kraft vorhanden, die sich mit der seinen messen könnte? Wer von uns wollte leisten, was er in Jugendjahren geleistet hat aus seinem Zug nach Marseille und in den zahlreichen Versammlungen nachher? Kein Gnabengehalt wollen wir ihm geben, nur das, was seine Leistungen verdienen. Es ist die Pflicht und Schuldigkeit der Partei, ihm das Gehalt in dieser Höhe zu gewähren. (Beifällige Zustimmung.) Zum Schluß bittet Redner, alle persönlichen Rücksichten bei Seite zu lassen und nur nach sachlichen Momenten zu urtheilen. Das habe die Partei groß gemacht. Wir wollen auf dieser Bahn, frei von allen persönlichen Nebenabsichten, weiter wandeln, der Partei zum Ruhm, den Feinden zum Trug! (Beifälliger Beifall und Handklatschen.)

Raben-Dresden stellt als Referent der Kontrolleure einen Irrthum im gezeigten Bericht des „Vorwärts“ richtig. Eine Beschwerde aus Köln über den Vorstand sei zuerst von den Kontrolleuren abgewiesen, dann aber nach Beibringung weiteren Materials für berechtigt erklärt und festgestellt worden, daß der Parteivorstand in diesem Fall nicht ganz korrekt gehandelt habe. Der Parteitag ertheilt hierauf einstimmig Decharge und stimmt dann über eine Reihe von Anträgen zu Punkt 1 und 2 der Tagesordnung ab.

Zur Annahme gelangt der Antrag Grünwald, daß eine Kommission von 5 Mitgliedern gewählt wird, um die Sache des Prezypulski sofort zu untersuchen und diesem Parteitag zur Entscheidung zu unterbreiten.

Gleichfalls angenommen wird der Antrag Wandert-Apolda, den Vertrauensmännern den „Vorwärts“ auf Kosten der örtlichen Parteiliste zu liefern.

Der Antrag Legien-Hoch wird abgelehnt.

Der Parteitag tritt danach in die Beratung des 3. Punktes der Tagesordnung ein:

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion.

Referent Singer: Parteigenossen! Ich will Ihnen keine längere Rede halten, dazu ist die Zeit des Parteitages zu kostbar; in dem Ihnen vorliegenden Bericht des Parteivorstandes ist über die parlamentarische Thätigkeit des Nötigen ausführlich genug gesagt. Nur in der Beschlusse resp. im Schlusswort will ich einen abweichenden Ansichten befechten. Jetzt möchte ich nur einen Punkt näher berühren. Da der Reichstag demnächst zusammentritt, und über die neue Militärvorlage zu beschließen hat, so muß auch der Parteitag, besonders da er so kurze Zeit vor Eröffnung des Reichstages tagt, in dieser Frage sein Votum abgeben. Natürlich will ich hier keine langen Erörterungen über den Militarismus anregen. Jedermann weiß, wie sich die Sozialdemokratie zum Militarismus stellt, sie bekämpft ihn, und wird nicht eher ruhen, bis er geschmettert am Boden liegt. Wir sagen nicht wie die Fortschrittspartei: dieser Regierung keinen Mann und keinen Groschen, wir sagen: diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Ich bitte den Parteitag, seine Meinung in einer Resolution kundzugeben, und schlage Ihnen die folgende vor:

„Durch die dem Reichstage in Aussicht gestellte Militärvorlage werden dem schon jetzt durch den Militarismus aufs äußerste bedrückten deutschen Volke noch neue persönliche und finanzielle Lasten zugemuthet, die es nicht tragen kann, ohne auf die wichtigsten Kulturarbeiten zu verzichten, und ohne daß die Quellen der produktiven Arbeit geschädigt werden.“

Das herrschende Militärsystem, nicht im stände, die Sicherheit Deutschlands gegen feindliche Ueberfälle zu gewährleisten, bildet eine fortwährende Bedrohung des Völkerruhens, und dient der kapitalistischen Klassenherrschaft, deren Zweck die wirtschaftliche Ausbeutung und die politische Niederhaltung der Arbeiterklasse ist, als vornehmlichstes Werkzeug.

Der Parteitag fordert daher, entsprechend dem Programm der sozialdemokratischen Partei, die Einführung eines auf Erziehung zur allgemeinen Wehrfähigkeit beruhenden und die allgemeine Volkserziehung verwerthenden Wehrsystems und erklärt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten in vollem Einklang mit der in der Sozialdemokratie politisch organisierten Arbeiterklasse Deutschlands handeln, indem sie die Regierungsvorlage sowie jede anderweitige Forderung für das gegenwärtige Militärsystem verwerfen. (Beifälliger Beifall.)

Die Debatte wird eröffnet.

Augustin bittet um Annahme seiner Resolution in der Frage der Stichwahlen, die von Dr. Lütgenau, dessen Anschauungen Redner bekämpft, angeregt sei.

Jahnig-Halle tritt dafür ein, daß die Fraktion im Reichstag den Antrag auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages einbringe, damit die vollständige Arbeitslosigkeit, wie sie sich auch in Halle zeige, beseitigt werde.

Vogt-Herr nimmt gleichfalls in der Frage der Stichwahlen das Wort und verwirft jeden Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien, da man ja deren Verhalten im entscheidenden Momente kenne. Im übrigen empfiehlt Redner die Singer'sche Resolution zur Militärvorlage und fordert in der „Reineidsangelegenheit“ die Fraktion auf, im Reichstage die Aufhebung der religiösen Form des Eides zu beantragen.

Mittag-Quedlinburg ist mit dem Antrag der Fraktion, die Einführung des Achtstundentages erst für 1893 zu verlangen, nicht einverstanden. In Hinblick auf die gewaltige Arbeitslosigkeit müsse die gesetzliche Einführung der achtstündigen Arbeitszeit sofort gefordert werden.

Abricht-Halle bekämpft den von der Fraktion gestellten Antrag auf Verstaatlichung des Apothekenwesens.

Koenen-Hamburg: Als es sich im Reichstage um die Bewilligung der Korvette K handelte, hätte Puttkamer auf die Arbeitslosigkeit in Stettin hingewiesen. Dem hätte der freisinnige Dahn widerprochen: in Stettin gebe es keine Arbeitslosigkeit, und der Arbeiter verdiene 6 R. Redner fragt, weshalb dieser Behauptung nicht von einem sozialdemokratischen Abgeordneten widersprochen worden sei.

Ullenhau-Ebersfeld empfiehlt, den zweiten Theil unseres Programms in Form von Gesetzentwürfen zu bringen und diese nebst den bisherigen Arbeiterschutzgesetzen dem Reichstage vorzulegen.

Bueh-Oberelsaß bedauert, daß die Fraktion nicht die Aufhebung des Ausnahmegesetzes für Elsaß-Lothringen beantragt habe, trotzdem der Ernter Parteitag es wünschte. Redner schildert die rigorose Weise, mit der man die Presse im Elsaß inebelt. Nicht ein Preßgesetz bestrebe, sondern 27 Verordnungen, von denen die ältesten aus dem Jahre 1788, die jüngsten aus dem Jahre 1868 herrühren (und größtentheils aus der bourbonischen und napoleonischen Gewaltherrschaft) entstanden sind. Seine weiteren Mitteilungen über die Brutalität des Kapitalismus und die Vergratungen durch die Behörden in Elsaß-Lothringen, tiefen wiederholt die allgemeine Entrüstung des Parteitages hervor. Das Königreich Sachsen und das Königreich Stumm seien nicht so schlimm, wie das Eldorado der Burenkonte, Elsaß-Lothringen. Man könne uns dort den Kopf vor die Füße legen, ohne daß es eines anderen bedürfe, als eines Berichtes des Stadthalters an den Reichstagskanzler. Als Elsaß-Lothringen vor 22 Jahren annektiert wurde, da habe in den Bourgeoisblättern oft ein Sturm der Entrüstung über die verlorrene Franzosenwirtschaft getobt, und heute seien dieselben Gesetze noch gültig und sie würden schlimmer gehandhabt als früher.

Er müsse im Namen der intelligenten Arbeiterbevölkerung Elsaß-Lothringens ganz energisch Protest einlegen gegen solche Verhältnisse und erkläre auch im Namen der aufgeregten Arbeiter, daß sie keine Chauvinisten seien, sie seien keine Protestler, auch keine Franzosenhölzer, sie seien international gestimmt, seien revolutionäre Sozialdemokraten. Wir protestieren zwar gegen die Annexion, aber nur aus denselben Gründen, wie die deutsche Sozialdemokratie, weil das Volk seines vornehmsten Rechtes, des der Selbstbestimmung dadurch beraubt worden ist. Wir wollen gleichsam das Bindglied zwischen Frankreich und Deutschland sein; nicht ein trennender Keil. (Wiederholter begeisterter Beifall, Bravo!)

Fischer verbreitet sich zunächst über den Nutzen der parlamentarischen Thätigkeit und verlangt dann, daß die Fraktion energisch im Reichstage den Antrag auf Einführung des Achtstundentages vertrete. Des weiteren wendet er sich gegen die Ansichten, die Dr. Lütgenau in der Frage der Stichwahlen vertreten hat.

Hierauf werden die Beratungen abgebrochen und der Vorsitzende macht dem Parteitag die Mitteilung, daß von Schwedt an der Oder ein Schreiben, unterzeichnet mit 60 Namen, eingegangen wäre, welches befähigt, daß der Genosse Thierbach als

Delegierter gewählt sei. Besagtes Schreiben wird der Mandats-Prüfungskommission überwiesen.

Begrüßungsschreiben sind eingegangen aus Schweinfurt vom Gesangsverein Concordia, aus Saarbrücken, Ditrau, Köpenick und aus der Enns.

Damit schließt die Vormittags-Sitzung.

**Nachmittags-Sitzung.**

**Gottlieb-Bremen** eröffnet nach 3/4 Uhr die Verhandlungen mit der Verlesung der Einläufe.

Die Debatte wird fortgesetzt.

**W. G. Bromberg** spricht im Namen seines Kreises der Fraktion Dank für ihre Thätigkeit aus. Er bittet die Fraktion, im Reichstage baldigst die Neueinteilung der Wahlkreise zu beantragen.

**Schweizer** - Hamburg hält die Verstaatlichung des Apothekenwesens und ebenso die Verstaatlichung des Arztwesens für durchaus notwendig. Das habe die Cholera-Epidemie in Hamburg bewiesen. Die armen Leute hätten sich die theuere Medizin nicht kaufen können.

**Raut-Güstrow** wünscht ein Vereins- und Versammlungsgesetz für das Deutsche Reich. Er schildert die Schwierigkeiten, in Mecklenburg eine Versammlung gehalten zu bekommen. Die Fraktion solle in der nächsten Sitzungsperiode energisch für ein Vereinsvereinsgesetz eintreten.

**Lorenz** will obligatorische Einführung der gewerblichen Schiedsgerichte für die Gemeinden.

**Meinert-Verlin**: Die Fraktion möge die Abschaffung der religiösen Form des Eides beantragen. Die Eidesformel, deren man sich in einer zukünftigen Gesellschaft wohl überhaupt nicht bedienen werde, müsse so gefasst werden, daß sie die Gewissen nicht bedrücke.

**K. Auer**: Bei diesem Punkte der Tagesordnung soll eine Kritik an der Thätigkeit der Fraktion geübt werden. Alle die Zukunftsstränge aber, die hierbei noch laut geworden sind, haben doch eine sehr große Ähnlichkeit mit dem, was man leeres Stroh-dreschen nennt. Was die Fraktion zu thun hat, ergibt sich aus Verhältnissen, Situationen und Umständen, auf die wir hier keinen Einfluß haben. Was die Aenderung der Eidesformel und den Majestäts-beleidigungs-Paragrafen betrifft, so muß man doch sagen, daß wenn nur einmal an eine Aenderung des Strafgesetzbuchs gehen, diese beiden Paragraphen durchaus nicht die einzigen sind, die einer Reform bedürfen. In Rücksicht auf die reichhaltige Tagesordnung, die Fragen berührt, wo der Parteitag unter allen Umständen Evidenzen geben muß, erscheint es mir doch angebracht, die Diskussion auf eine Kritik der bisherigen Thätigkeit der Fraktion zu beschränken. Sollten wir Zukunftsstränge treiben, dann wäre es ja doch einfachste, die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, den sozialen Staat einzuführen. Alles andere sind ja doch nur Bruchstücke. Und diese einzelnen Wünsche können ja doch direkt an die Fraktion gerichtet werden, wenn sie zusammen ist. Jeder Genosse hat dazu das Recht. Redner bespricht noch den Antrag der Düsseldorf, wonach von jetzt an nur einzelne Abgeordnete im Parlament vertreten sein, die übrigen im Lande agitieren sollen. Leider hätten die Düsseldorf keinen Delegierten geschickt, der uns sagen könnte, wie das zu machen sei. Redner bittet noch einmal die Diskussion auf die Kritik zu beschränken.

**Ehrhardt-Ludwigshafen** spricht den Wunsch aus, daß man allen jenen Genossen, die besonders hervorragend agitatorisch thätig sind, eine Art Kompendium über die Thätigkeit des Reichstages zur Verfügung stelle, in denen ähnlich wie im Europäischen sozialpolitischen Handbuch alles Material übersichtlich geordnet an die Hand gegeben wird.

**Webel**: Ich bin diesmal nicht mit meinem Freunde Auer einverstanden. Wir müssen alle Wünsche über die zukünftige Thätigkeit der Fraktion diskutieren, da die Fraktion wissen muß, was die Partei wünscht, was sie thun. Freilich sind eine ganze Reihe der gestellten Anträge über's Ziel hinausgeschossen. So verhält es sich zunächst mit dem Ehrhardt-Antrag, er läuft darauf hinaus, den ganzen zweiten Theil des Programms als ausführlichen Gesuchentwurf vor den Reichstag zu bringen. Das ist zu viel verlangt. Der Antragsteller hätte doch wissen müssen, welche Arbeit es bedarf, derartiges Material als Gesuchentwurf zu formulieren. Der Arbeiterschutzgesetz-Entwurf hat monatelange Arbeit erfordert und schließlich wurde er doch vielfach als formell nicht sorgfältig bezeichnet.

Ein anderer Antrag habe verlangt, daß die gewerblichen Schiedsgerichte obligatorisch eingeführt werden. Nun, die Fraktion hat diesen Antrag eben erst im Reichstage eingebracht, derselbe wurde abgelehnt, und wie können daher nicht jetzt schon wieder den gleichen Antrag stellen.

Wenn dann Buel in zündender Rede die entsetzlichen Zustände in Elbstadt-Vorbringen geschildert und der Fraktion einen Vorwurf daraus macht, daß sie nicht den Antrag auf Abschaffung des berüchtigten Titularparagrafen, auf Aenderung des Strafgesetzes und des Vereins- und Versammlungsgesetzes im Reichstage eingebracht habe, so habe er darauf nur zu erwidern, daß es überhaupt nur möglich sei, die zwei ersten Punkte vor das Forum des Reichstages zu bringen. Wir konnten indes den Ehrhardt-Antrag nicht stellen, da wir eben nur einen klaffenden Genossen in der Fraktion haben, und sich daher der Anarbeitung eines derartigen Antrages große Schwierigkeiten entgegenstellten. Abg. Höffel konnte uns eben deshalb zuvorkommen, da er die Verhältnisse in den Reichsländern kannte. Sonst würden wir wohl nicht geblüht haben. Redner bekämpft den Antrag von Raut-Mecklenburg, der ein Reichsvereinsgesetz verlangt, und glaubt, daß sich die übrigen Anträge am besten durch Ueberweisung an die Fraktion zur Erwägung erledigen lassen.

Die Diskussion wird durch Annahme eines Schlufantrages geschlossen.

In seinem Schlusswort hebt Singer hervor, daß gegen die Art der Thätigkeit der Fraktion wesentliche Einwendungen nicht gemacht worden sind. Das gereiche ihr zur Genugthuung. Was die Einwendungen gegen den Antrag auf Verstaatlichung des Apothekenwesens betrifft, so sind sie wohl einmalig. Niemand wird sich eingestehen haben, durch Verstaatlichung der Apotheken die Klassenlage für die Arbeiter zu ändern. Das Heilmittel dürfte aber nicht zum Gegenstand der Ausbeutung gemacht werden. Besonders für die Kranken-Lassen wäre es gut, wenn sie die so ermöglichten Ersparrnisse für ihre kranken Mitglieder verwenden könnten. (Sehr richtig.) In Roemens Anrede bemerkt Redner, daß es auch im Reichstage Schlufanträge gebe. Könne nicht Schlag auf Schlag erwidert werden, so sei es wirkungslos. Deshalb sei wohl auch die Behauptung des Abg. Torn unvorsprochen geblieben. Redner neigt dem Antrag Ehrhardt sympathisch gegenüber, wonach die Fraktion nach jeder Session des Reichstages einen kurz gefassten Bericht über die parlamentarische Thätigkeit herauszugeben soll, als Handmaterial für die Agitatoren. Der Bericht müsse doch geschrieben werden, und es sei vielleicht besser, statt alle 3 oder 5 Jahre einen Bericht nach jeder Session zu schreiben. Redner schließt: Wir geben gern zu, daß es vielleicht auch im Reichstage möglich gewesen wäre, eine größere Thätigkeit zu entfalten. Aber die Ueberzeugung darf ich aussprechen, daß die Fraktion stets bemüht gewesen ist, die Ehre der Partei zu wahren, und daß werden wir auch weiter thun, so lange die Partei uns an diese Stelle schickt (Beifall).

Bei der Abstimmung wird zunächst der Antrag Webel (Ueberweisung der Anträge an die Fraktion) angenommen.

Einstimmig angenommen wird die von Singer vorgeschlagene Resolution zur Militär-Votage.

Angenommen wird der Antrag Ehrhardt-Ludwigshafen, und ebenso gegen 3-4 Stimmen folgende, von Voglbert, Börner, Mesner, Löwenroth gestellte Resolution:

Der Parteitag erklärt sich mit der bisherigen parla-

mentarischen Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einverstanden und erwartet von derselben auch ferner eine thätigkeitsvolle Vertretung der proletarischen Interessen.

Die Düsseldorf Anträge werden abgelehnt.

Der zweite Punkt der Tagesordnung sind die Anträge zur Agitation. Der erste lautet: Sprachliche Aenderung der §§ 3, 4 und 5 des Statuts, soweit die Rede von „Vertrauensmännern“ ist, und dafür die Worte „Vertrauenspersonen“ zu setzen. (Versammlung von Berliner Frauen und Mädchen.)

Er wird begründet von Fr. Sander: Der Wortlaut müsse so sein, daß den Frauen die Mitarbeit in der Partei ermöglicht werde. Die Männer können nur etwas erreichen, wenn die Frauen ihnen zur Seite stehen.

Der Antrag wird angenommen.

Der zweite Antrag: „Erteilung des in § 9 vorkommenden Satzes: In soweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises sich Frauen befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden“, wird, nachdem Fr. Sander ihn mit dem Prinzip der Gleichberechtigung für die Frauen begründet hat, angenommen.

Die Parteigenossen von VERNBURG, BIELEFELD u. s. w. wünschen, daß der Parteitag nur alle zwei Jahre stattfinden soll.

Stomke-Bielefeld glaubt, daß in Zukunft es genügen werde, wenn alle zwei Jahre der Parteitag zusammentritt. Der Parteitag schaffe die Partei nicht. Er kostet riesiges Geld, das zur Agitation besser verwendet wird. Die armen Kreise sind diesmal gar nicht vertreten. Liegen wichtige Fragen vor, so hat der Vorstand ja das Recht, einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen.

Schulze-Vernburg schließt sich diesen Ausführungen an.

Webel bekämpft Stomke's Antrag aufs entschiedenste, weil seine Annahme ein Unglück für die Partei sein würde. Die Begründung wegen Geldmangels wäre vor 20 Jahren nicht möglich gewesen. Der Parteitag sei geradezu ein Sicherheitsventil für die Partei, er sei aus „gesundheitspolitischen“ Rücksichten jährlich nötig; was die Partei bedrücke, müsse baldigst geregelt werden. Fragen von großem Interesse seien immer da. Einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, das würde nur den Gegnern Stoff zur Ueberhebung geben, und sie würden sagen: Seht Ihr, in Eurer Partei tracht und gährt es an allen Ecken und Enden, so daß ein außerordentlicher Kongreß nötig ist. Was man vom Staate in der Forderung einjähriger Legislaturperioden verlange, darauf dürfe man für das Parteileben nicht verzichten. Die Frage wegen Geldmangels habe keinen realen Hintergrund; kann denn der Antragsteller sicher sagen, daß in zwei Jahren die Verhältnisse sich gebessert haben? Zudem braucht doch der Parteitag nicht jedes von 250 Delegierten besetzt zu werden, 150 sind auch genügend. Ich betrachte diese Anträge als ein Zeichen der Bezagtheit und würde es bedauern, wenn dies Gefühl der Bezagtheit weiter um sich greifen würde. (Beifall.)

Nach kurzer Debatte wird der Antrag mit großer Majorität abgelehnt.

Die Genossen in Ahteln beantragen: Die Diäten der Delegierten zum Parteitag aus der Parteikasse zu bezahlen.

Dagegen spricht Parteivize-Redner, da der Antrag praktisch undurchführbar sei und gegen 60 000 M. Kosten machen würde. Der Antrag wird gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Die Anträge der Bielefelder Genossen: Die Gehälter der Parteiführer zu erhöhen, und das Gehalt des Chefredakteurs auf dem Parteitag festzusetzen, sowie den Antrag von C. W. A. H. -Domburg, das Maximalgehalt aller Parteibeamten, welche festgesetzt sind, auf 2500 M. festzusetzen, sind nicht die nötige Unterstützung.

Rebs-Weisens Anträge: Jeder Parteigenosse, welcher als Vertreter der Sozialdemokratie in ein Parlament gewählt werden soll, hat vorher nachzuweisen, daß er aus der Kirche ausgeschieden ist, wird mit Meiterteit aufgenommen und durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Zuletzt erledigen zahlreiche weitere Anträge. Nicht genügende Unterstützung (1/4 der Anwesenden) findet auch ein Antrag Auer, Gerisch: D. S. Gehalt des Chefredakteurs des „Vorwärts“ durch den Parteitag festsetzen zu lassen. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Die 7er Kommission zur Prüfung der Soinger Streitigkeiten durch Wahl folgender Delegierten gebildet worden: Könen, Cossmann-Feiß, Ehrhardt, Stolte, D. H. W. Winterblum, Gerisch.

Die Mandats-Prüfungskommission theilt mit, daß Thierbach sein Mandat jetzt selber zurückgezogen habe.

Es wird zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Die Majestäts-Beleidigung, geschritten.

Beisitzer Gerisch ist Ribin Gerisch. Er sagt seine Ausführungen in folgender Resolution zusammen:

„Im Anschluß an die auf dem Brüsseler Kongreß angenommene Resolution beschließt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

Als Tag der Feier gilt der 1. Mai. An diesem Tage demonstrieren die kassierten deutsche Arbeiterklasse mit den klassenbewußten Arbeitern der ganzen Welt für den Achtstundentag und die internationale Regelung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung im Sinne der bekannten Pariser Resolution.

Um die Feier zu einer einheitlichen, und dadurch in ihrer Wirkung nach außen zu einer möglichst imposanten zu gestalten, beschließt der Parteitag, daß, wie im Vorjahre so auch in Zukunft, die Leitung der Feier der politischen Organisation, der Partei, zufällt.

Als die würdigste Form der Feier erachtet der Parteitag die Arbeitstrube. Da jedoch nicht durch die Beschlüsse des internationalen Kongresses in Paris, noch durch die des Kongresses in Brüssel die Arbeitstrube zur unabweislichen Pflicht gemacht, es vielmehr den einzelnen Nationen überlassen wurde, den gegebenen Umständen gemäß zu handeln; da ferner die Art der Feier durch die jeweilige Geschäftskonjunktur in erster Linie bestimmt wird, beschließt der Parteitag eine für alle Zeit gültige Norm nicht zu schaffen, sondern die Bestimmung über die Art der Feier den jährlichen Parteitagen zu überlassen.

Mit Rücksicht auf die zur Zeit herrschende wirtschaftliche Misere, die einen geschäftlichen Aufschwung bis zum nächsten Frühjahr als völlig ausgeschlossen erscheinen läßt, hält der Parteitag die Proklamirung der allgemeinen Arbeitstrube für den 1. Mai 1898 als unabweisbar und beschließt daher die Feier am Abend des 1. Mai abzuhalten.“

Zu der Frage der Arbeitstrube bemerkt Redner: Der Brüsseler Kongreß habe die Feier endgültig auf den 1. Mai festgesetzt. Alle Anträge, welche darauf hinausgehen, den ersten Sonntag im Mai als Feiertag zu bestimmen, sind damit hinfällig geworden. Die würdige und eindrucksvollste Art der Feier würde die allgemeine Arbeitstrube sein. Bei der gewaltigen wirtschaftlichen Krise, die sich in diesem Jahr noch verschärft hat, gelten aber dagegen noch dieselben Bedenken, die die Fraktion im Jahre 1891 zu ihrem bestimmten Rathe veranlaßt haben. Damit sei jedoch keineswegs gesagt, daß die Feier für alle Zeit in dieser Weise normirt werden solle. Bei günstiger Geschäftskonjunktur, bei der die Unternehmer es nicht auf einen Konflikt ankommen lassen würden, könne sehr wohl allgemeine Arbeitstrube eintreten. Oder aber wir haben die Massen im gewaltigen Umfang bereits auf unserer Seite, dann ist aber eine reine Demonstration bereits überflüssig und thätigkeitsvolle Handlung, um die Verhältnisse umzugestalten, geboten.

Die Verhandlungen werden hierauf — es ist 6 Uhr geworden — in Rücksicht auf den Kommerz der Berliner Genossen abgebrochen.

In dem gestrigen Bericht ist die Rede des Genossen Opificius insofern nicht richtig wiedergegeben, als O. nicht die Wirthe unterläßt wissen wollte, sondern den Parteivorstand ersuchte, das Material über die politische Verhängung der Feierabendstunden über „müßelbige“ Wirthe zu sammeln und es dem Justizminister zu überreichen, damit Abhilfe geschaffen werde.

**Lokales.**

**Achtung! Gewerkschaften!**

Die Gewerkschaften Berlins seien hiermit vor einem Schwindler gewarnt, welcher sich Listen freireisender Arbeiter zu verschaffen sucht.

Am 16. Oktober d. J. erschien beim Unterzeichneten ein Mann, welcher sich Hermann Bittner nannte und Auenstr. 14, 8 Tr., wohnen wollte. Er bat um einige Sammellisten der freireisenden Anknopfer im Auftrage des Vereines der Lederarbeiter. Da er seine Legitimation leider vergessen hatte, so zeigte er einen ganzen Bogen Baus der sozialdemokratischen Partei. Da ich glaubte, es mit einem ehrlichen Menschen zu thun zu haben, gab ich ihm die Listen 57, 58, 59. Bis heute hat sich derselbe aber nicht sehen lassen. Alle Nachforschungen im Hause Auenstr. 14 und beim Vereine der Lederarbeiter sind erfolglos gewesen; überhaupt ist der zc. Bittner nirgends aufzufinden. Es besteht also kein Zweifel, daß wir einem Schwindler zum Opfer gefallen sind.

Der zc. Bittner ist klein, trägt einen kleinen Schnurbart, stößt beim Sprechen etwas mit der Zunge an. Es sei hiermit vor dem Schwindler gewarnt. Ernst Kinkel, Kassier, Köpnickstr. 181, 3 Tr.

Einer unserer Abonnenten sendet uns zwei Lieder ein, welche, wie er uns mittheilt, in einem Restaurant in Niddorf bei einem Abendessen gesungen worden sein sollen. Die zwei schönen neuen Lieder passend für den heutigen Abend“ sind gedruckt, Name u. s. w. des Druckers sind natürlich nicht angegeben. Die Reimereien bestehen aus den ordinärsten Jotzen und sprohen von letzteren Gemeinheiten. Der Inhalt läßt sich auch nicht andeutungsweise wiedergeben. Daß die Wähllinge der Bourgeoisie in ihren verschwiegeneu Zirkeln derartige Jotzen kultiviren, ist eine hinlänglich bekannte Thatsache. In dem erwähnten Falle liegt aber die Sache noch schlimmer, als sich die „seinen Herren“ nicht schämten, die Lieder zu singen, während noch viele andere Gäste im Lokal anwesend waren. Auch der Text wurde unter die anderen Gäste vertheilt und zwar machte sich ein — Rechtsanwält und Notar um die Vertheilung der Schandwörter ganz besonders „verdient“.

Die Mehrzahl der Gäste waren mit Recht empört, sie wollten aber keinen Jank hervorrufen, da sie Geschäftsleute des Wirtshaus waren und diesem das Geschäft nicht verderben wollten. Der Wirth selbst mußte auch schwören, weil er es mit dieser „seinen“ Kundenschaft nicht verderben wollte. So wurden also diese ekelhaften Jotzen vom erhen bis zum letzten Verse herunter geleiert, und die Herren wußten sich vor Lachen nicht zu lassen, wenn ein ganz gemeiner Puffus an die Reihe kam.

Nun möchten wir bloß wissen, welchen Nordspöktel die stittame bürgerliche Presse erheben würde, wenn bei einem Arbeiterfest auch nur ein solch unflätiges Wort gefallen wäre, wie sie die „schönen Lieder“ in jeder Strope enthalten. Man hätte jämmtliche Staatsanwälte der Welt alarmirt! Die „bessere“ Gesellschaft ist ja sofort bei der Hand, wenn es gilt, über die „Amoral“ und die „Unflätigkeit“ der Arbeiter den Stab zu brechen. Da wird weder Rücksicht genommen auf die geringe Schulbildung derselben — der Militärstaat hat ja kein Geld, um seinen „Arbeitslosen“ gute Schulen ohne Extrazahlung zu bieten — noch auf die schlechte Lebenshaltung: der Arbeiter ist eben ein Mensch zweiter Klasse, dessen Moral eben auch nur in zweiter Klasse rangirt. Wenn aber Leute aus den „oberen Zehntausend“ bei ihren Besuchen jedes Gefühl mit Füßen treten und sich im Wahlter Gemeinheit wälzen, dann ist die Bourgeoisie um Entschuldigungsgründe nicht verlegen. Im vorliegenden Falle würde sie solche allerdings vergeblich anzubaldowern versuchen. Es kann nicht einmal vorgebracht werden, daß die „Herren“, — an der Spitze ein Rechtsanwält und Notar!! — angezekt, vulgo befohlen gewesen seien, denn die Sache wurde von langer Hand vorbereitet, sonst hätten die „Lieder“ nicht in gutem Willensjah gedruckt werden können. Der Wirth wagt nicht, zu protestiren; er verdient ein paar Thaler dabei, die übrigen Gäste halten den Mund ebenfalls: sie sind Lieferanten des Wirtshaus und das könnte ihnen am Ende seine Kundtschaft entziehen. Deshalb müssen die Beale die größten Brutalitäten über sich ergehen lassen.

Die Genossen von Pankow und Umgegend werden in nächster Zeit einen Arbeiterverein gründen. Der Leseverein „Proletarier“, von dessen Vorstand die Uebertragung dieser Bewegung ausgegangen und ein dahin gehender Antrag auf die Tagesordnung der am 8. November stattgehabten Generalversammlung gesetzt worden ist, beschloß einstimmig: „In Erwägung, daß der Leseverein und die Pankower „Proletarier“ nicht der politischen Organisation der Sozialdemokratie hier am Orte den Vereinigungen der anderen, reaktionären, Parteien gegenüber entspricht, denselben als solchen aufzulösen, und einen allgemeinen Arbeiterverein für Pankow und Umgegend zu gründen. In denselben sollen nach Möglichkeit alle hier am Orte bestehenden Arbeitervereine eingehen. Der Leseverein und die Pankower „Proletarier“ bleibt jedoch so lange bestehen, bis die konstituierende Versammlung des allgemeinen Arbeitervereins stattgefunden hat. Vermögen und alle Utenilien gehen in den Besitz des neuen Vereines über.“ Welches Verständnis und Interesse dieser Antrag und den weiteren Kreisen der Genossen von Pankow gefunden hat, zeigt der ausserordentlich starke Besuch der genannten Generalversammlung, in welcher sämtliche Redner, auch Mitglieder des Gesangsvereins und andere, welche als Gäste anwesend waren, mit Eifer den Antrag bekräftigten. — Am nächsten Abend sagte der Gesangsverein „Echo“ in seiner Sitzung ebenfalls einstimmig den Beschluß, sich anzuschließen, um sich dem zu gründenden Arbeiterverein anzuschließen.

Auch das Stiftungsfest des Vereines „Proletarier“, welches am Sonnabend, den 12. November, in Bors.-W.'s Vereinslokal stattfand, wurde, vereinigte die Genossen und Freunde in bester Eintracht. Das Fest sollte den Geist der Zusammengehörigkeit unter den Genossen und Genossinnen von Pankow und Umgegend stärken; es sollte die Mitglieder der Arbeitervereine von hier mit deren Familien und Freunden zu gemeinschaftlicher Feier zusammenführen. Und wie es gepaßt, so kam es: Von Anfang bis Ende wurde das Langbein geschwungen, dazwischen gab es Festrede, Gesangs- und komische Vorträge und einen Einakter, und was die Hauptache war, kein Diner trübte die Harmonie des Festes, deren 200-300 Theilnehmer sich wie eine einzige große Familie bewegten und erst aus Nachts leichten da waren, wohl manchem noch zu früh, der helle Morgen durch die Fenster sah.

Nachträgliches über die Enthüllungsfest der Seinerfelder-Deumals. Die bürgerlichen Zeitungen haben Lügen und Freiten berichtet über den äußeren Glanz und Pomp, welcher bei der Enthüllung entfaltet wurde. Es gab prächtige Equipagen, gelbe Ketten der Stadtverordneten, Au-march der Mitglieder der Ortskantonskasse u. s. w. Unter welchen Umständen die Niederlegung einiger Kränze erfolgte, ist aber von der bürgerlichen Presse nicht geschildert worden. Diefelbe hat auch nicht des Kränzes erwähnt, den die organisirten Kollegen Berlins am Deumal niederlegten. Auf der Schleife desselben war der Ausspruch Lassalle's zu lesen: „Die Arbeiter sind der Welt, auf dem die Krone der Zukunft aufgebaut wird.“ Die Widmung des Kränzes, welcher im Auftrage der Kollegen Deutschlands vom Vorstand des Vereines der Lithographen, Steinbrücker und Verlagsgenossen Deutschlands gestiftet worden war, lautete: „Für Einzelnen brachte Deins Gründungsgenossen Emvero, nicht Dir und den Hunderttausend Deiner Jünger.“ Diefelbe ist in laien Blättern verstümmelt wiedergegeben worden, indem das „Dir“ fortgelassen wurde, sodas der Schlufpassus lautet: „... nicht aor den Hunderttausend Deiner Jünger.“ Die bürgerliche Presse scheint sich der Thatsache nicht zu erinnern, daß die Arbeiter die Kränze nicht nur für die Seinerfelder-Deumals, sondern für die Arbeiter allerorts niederlegten.

Sache zu schämen, daß Senefelder trotz seiner Erfindung ein Proletariat blieb, stets mit materiellen Sorgen zu kämpfen hatte und in Noth und Armut gestorben ist.

Als die Deputationen mit den Kränzen am Denkmal anlangten, war die offizielle Feier vorüber und dieselbe bereits übergeben. Trotzdem wurde dieselbe von einer Schumannsfeier abgsperrt gehalten. Der Vorsitzende des Vereins, O. Silber, richtete an den Deputierten die Bitte, die Kränze niederlegen zu dürfen, was nach einigem Nachdenken gewährt wurde. Eine Reihe, welche den Zugang absperren, wurde gelöst und nun flautete sich die Menge, welche zum größten Theile aus Kollegen bestand, welche vorher der Versammlung beigewohnt hatten. Sofort gab der Deputierte den Befehl: Treiben Sie die Menge auseinander, wenn's nothwendig ist, mit Gewalt, wer sich widersetzt, wird arretirt. Es widersetzte sich aber Niemand, niemand und so konnte auch keine Arretirung vorgenommen werden. Die Deputationen mußten nun noch ein Hintertisch nehmen in Gestalt einer in halber Manneshöhe gezogenen Reihe, welche um das Denkmal bei den Tribünen gezogen war. Endlich aber konnte das Niederlegen der Kränze ohne weiteren Zwischenfall erfolgen.

Bemerkenswert sei noch, daß das Dekorationskomitee, aus hiesigen Prinzipalen der Lugschloppier-Branchen bestehend, an die Vereine Korrespondenzen sandte, welche zum Betreten der Tribüne berechtigten. Dieselben wurden aber zurückgeschickt, weil die Arbeiter, welche Beiträge zum Denkmalfonds geleistet hatten, zu den weiteren Verhandlungen nicht zugezogen wurden und auch nicht im Komitee vertreten waren. Zum Geldgeben waren die Arbeiter nicht gut genug, auch wollte man ihnen gepöbeln, Hurra! mit zu kriegen, aber thätigen Antheil ließ man sie bei der Sache nicht nehmen, das konnten nur die Prinzipale thun.

Wie es heute in dem Kunstgewerbe ausseht, das Senefelder erfunden hat, ist bekannt. Es ist ein ganz gewöhnliches Handwerk herabgefallen mit dem Motto: Billig und schlecht. Eine anarchische Produktion im Verein mit einer wässrigen Konkurrenz hat die Schandwaare auf den Markt gebracht, die anfertigen zu lassen die vielgerühmten „Förderer des Kunstgewerbes“ sich schämen sollten.

Bei den Antisemiten muß ein schauderhafter „Dassel“ herrschen, die schönen Zeiten, in welchen der Goldstrom aus der Breitenstraße floß, sind eben vorüber. Für den niederen Rector aller Deutschen wird jetzt folgendes Schnorr-Birkular (Hystographiet) in Berlin verfaßt:

Berlin, im November 1892.

**Vertraulich!**

**Werthe Gesinnungsgegnossen!**

Der durch sein manichaisches und unerschrockenes Auftreten gegen die Juden in ganz Deutschland rühmlichst bekannt gewordene Rector Hermann Ahlwardt, der gegenwärtig seiner patriotischen Schriften wegen eine 4monatliche Gefängnisstrafe in Pödensee verbüßt, ist im Kreise Friedeberg-Krankschilde als Reichstagskandidat aufgestellt. Es ist gegründete Hoffnung vorhanden, daß es gelingt, den wackeren Vorkämpfer für Deutschland und Recht in den Reichstag zu bringen. Zur Wahlagitacion gehört aber Geld. Um dieses zu beschaffen, haben wir, das Nägliche mit dem Guten verbindend, beschlossen, von dem bedeutendsten Buche Ahlwardt's: „Der Eid eines Juden.“ — von dem bereits gegen 10000 Exemplare im Buchhandel zu 1 M. abgesetzt sind, welches Buch auch feinerzeit im preussischen Abgeordnetenhaus als der „Juli Reichsrufer“ eine lebhafte Erörterung gefunden und das allerorts so außerordentliche Sensation erregt hat — mehrere Tausend Exemplare an die werthen bezüghlichen Vereine zur Weiterverbreitung abzugeben. Es werden geliefert: 100 Expl. à 40 Pfg. — 200 Expl. à 35 Pfg. und 500 Expl. (oder mehr) à 30 Pfg. Das Buch kostet nach wie vor im Buchhandel 1 M.

Der patriotischen Sache wegen wird um baldige und zahlreiche Bestellung ersucht. Bestellungen sind zu richten an Herrn C. H. Müller, Irisstr. 47, Berlin N., unter Baarzahlung oder Postnachnahme des Betrages.

**Hochachtungsvoll**

**Das Komitee.**

Es hat fast den Anschein, als ob ein dem Vertrauen nahezuhaltender seine alten Lehensälter auf diese Weise an den Mann bringen wolle. Da aber „das Komitee“ so eindringlich den Parteistandpunkt hervorhebt, wird sich's doch wohl um eine Parteipropaganda handeln. Das Ehren-Ahlwardt wegen seiner „patriotischen“ Schriften zu den 4 Monat Gefängnis verurtheilt worden ist, ist uns was Neues. Bisher waren wir der Ansicht, daß in Deutschland der „Patriotismus“ beliebt würde, — jetzt kommen die Antisemiten mit der Ansicht, daß einer ihrer Parteigenossen wegen dieses selben „Patriotismus“ ins Loch gesteckt worden ist! Wenn der „Eid eines Juden“ das „bedeutendste“ Buch Ahlwardt's sein soll, so ist's mit dessen Saftigkeit nicht weit her, — dasselbe kann auf den Titel Buch überhaupt keinen Anspruch erheben. Wenn der Rector aller Deutschen wirklich als Vertreter von Krankschilde-Friedeberg im Reichstag erscheinen sollte, so kann er Arm in Arm mit dem Alimenter-Büchel das Jahrbuch der Auslieferung in die Schranken fordern.

Ein feines Geheimmittel. Der Polizei-Präsident veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Als Mittel gegen die verschiedensten Hautkrankheiten preist neuerdings eine Frau Anna Nappart ihr Stilmittel in den Tagesblättern an. Dies Geheimmittel besteht aus einer Lösung von Quecksilberchlorid (Sublimat) in Wasser unter Zusatz von etwas Glyzerin und ist leicht parfümirt. Es wird in Flaschen von 20 ccm Inhalt zum Preise von 11 Mark feilgehalten, während der reue Werth des Inhalts einer Flasche etwa fünf Pfennig beträgt. Vorliegendes wird zur Warnung des Publikums hierauf bekannt gemacht.

Mannehr wird hoffentlich auch das Wundermittel des Herrn Goolam Nader an die Reihe kommen.

Zurlos verschwunden ist seit Sonntag früh 8 Uhr der 24-jährige, in der Großen Frankfurterstraße in Salasselle wohnende tanianische Buchbinder Peltendorfer. In einem zurückgelassenen Schreiben erklärt der junge Mann, daß er sich das Leben nehmen wolle. Die Veranlassung hierzu dürfte darin zu suchen sein, daß es ihm infolge seines Leidens durchaus nicht gelingen wollte, sich die Liebe eines Mädchens zu erlangen. Es ist bis jetzt noch nicht gelungen, eine Spur des Verschwundenen zu entdecken.

Sieben Spezialisten der Einbrecherkunst, die in den letzten Tagen viele Ueberräube mittels Hochhebens der Rollthüren verübt und namentlich einen Bäckermeister in der Swinebühnenstraße empfindlich geschädigt haben, sind durch die Kriminalpolizei ermittelt und festgenommen worden.

Vor einigen Tagen berichteten wir, daß die Reinerin P. durch eine genaue Nachforschung aus ihrer Wohnung gelockt und während ihrer Abwesenheit vom Hause am Sparschußbüchlein und Sammelkasten im Werth von über 100 M. verlohren worden sei. Die Vermuthung, daß der Dieb ein guter Bekannter der P. sein würde, hat sich bestätigt, denn der Thäter ist in Gestalt in dem Sanin-gewöhnlichen Brei verpackt worden, der längere Zeit zu der P. in intimen Beziehungen gestanden hat.

Nach einem Gannet im Alter von 50-55 Jahren, der ein neues Schwim-einmal erlernt hat, wird jetzt von der Kriminalpolizei gefolgt. Der Mann hat es auf Waschküchen abgesehen. Er erzählt ihnen, daß er von dem Hausvater einer Frau, die er nennt, beauftragt worden sei, eine Waschküchen zu machen, da die Person, die in dieser Eigenschaft in der Stettin in dem Sanin-gewöhnlichen Brei verpackt worden, der längere Zeit zu der P. in intimen Beziehungen gestanden hat.

der das Anrecht gemacht wird, mit Freuden darauf eingetritt und mit Vergnügen dem Unbekannten 3 Mark zur Bestreitung der Stempelgebühren für zwei ausufernde Routen und außerdem noch einen kleinen Betrag für den Entwurf des Preisverzeichnisses einhändig. — Auch unter anderen Frauen sucht sich ein etwa 30-jähriger Schwinder seine Opfer. Dieser sucht Frauen in Abwesenheit ihrer Männer auf, giebt sich als deren Freund zu erkennen und überbringt eine Einladung zu seiner bevorstehenden Hochzeit. Das Vertrauen der Frauen verleiht sich der Schwinder dadurch, daß er sie bittet, ihm bei den Vorbereitungen zu der Hochzeitsfeier behilflich zu sein, und schließlich verschwindet er auf Nummerwiedersehen, nachdem er die Frauen erfolgreich um leibweise Ueberlassung kleiner Geldbeträge ersucht hat, deren er bedürfte, um in der Nachbarschaft ein paar vortheilhafte Einkäufe in Läden zu machen, die ihm die Frauen im Laufe des Gesprächs empfohlen hatten.

Ein schwerer Unfall hat sich im Eisenbahnbetriebe ereignet. Als gestern früh etwa um 5 1/2 Uhr der an der Odorferstraße zu Groß-Pichtenfelde wohnende Arbeiter Wilhelm Böttcher von Tempelhof nach Südende in dem zweiten Wagen des Zuges gefahren war, verlor er beim Aussteigen das Gleichgewicht und gerieth so unter den Zug, daß ihm der rechte Fuß abgefahren wurde.

Marktpreise in Berlin am 15. November, nach Ermittlungen des Polizeipräsidenten. Weizen per 100 Kg. guter von 16,20-15,70 M., mittlerer von 15,90-15,10 M., geringer von 15,00-14,80 M. Roggen per 100 Kg. guter von 14,10-13,80 M., mittlerer von 13,70-13,50 M., geringer von 13,40-13,20 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,00-16,00 M., mittlere von 15,90-15,00 M., geringe von 14,90-14,00 M. Hafer per 100 Kg. guter von 13,50-13,50 M., mittlerer von 13,70-13,00 M., geringer von 14,90-14,20 M. Stroh, Nicht per 100 Kg. von 4,50-4,00 M. Heu per 100 Kg. von 7,00-5,00 M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00-25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 30,00-20,00 M. Binsen per 100 Kg. von 50,00 bis 50,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 6,00-4,00 M. Nudelfleisch von der Seele per 1 Kg. von 1,00-1,20 M. Sausfleisch per 1 Kg. von 1,40-0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50-1,10 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60-0,80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,50-0,80 M. Butter per 1 Kg. von 2,50 bis 2,00 M. Eier per 60 Stück von 5,00-2,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40-1,20 M. Kete von 2,80-1,20 M. Zander von 2,40-0,80 M. Hechte von 1,80-1,00 M. Barsche von 1,00-0,70 M. Schlei von 2,40-1,20 M. Bleie von 1,40 bis 0,70 M. Krebse per 60 Stück von 12,00-2,00 M.

Polizeibericht. Am 15. d. M. Vormittags stürzte in der Buchdruckerei von Bürenheim, Zimmerstr. 40/41, der Fahrstuhl infolge Bruchs des Drahtseils aus dem dritten Stock in den Keller hinab. Hierbei erlitten die denfalls benutzenden Arbeiter Mehner und Böring bedeutende Verletzungen und mußten nach dem Krankenhaus gebracht werden. — In der Holzbearbeitungsanstalt von Ranzhal, Wellermannstr. 16, geriet Nachmittags ein in Erledigung eines dienstlichen Auftrages dort anwesender Schumann bei Bedienung einer Hobelmaschine mit der Hand unter das Weiser der war abgefallen, aber noch nicht zum Stillstand gelangene Maschine und wurden ihm die ersten Glieder der drei Mittelfinger völlig abgeschnitten. Er wurde nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht. — Vor dem Hause Spittelmarkt 11 wurde Abends ein Mädchen durch einen Omnibus überfahren und an beiden Beinen so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus Veranlassung erforderlich wurde. — Im Laufe des Tages fanden sechs kleine Brände statt.

**Gerichts-Beilage.**

Der räuberische Ueberfall im Thiergarten, welcher derzeit wegen der Verwundenheit der Thäter bedeutendes Aufsehen erregt, beschäftigt gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Auf der Anklagebank hatten der Schlächtergeselle Gustav Neumann, der Schlächtergeselle Theodor Pawliski, der Arbeiter Leopold Pawliski, der Schlächtermeister Max Schmidt und dessen Ehefrau Pauline geb. Woldt Platz zu nehmen. Die drei Erstgenannten wurden des gemeinsamen Straßenraubes, Schmidt und seine Ehefrau der gewerbsmäßigen Diebstahl beschuldigt, Neumann wurde außerdem für und dem Theodor Pawliski zwei Markthallenbiebstähle zur Last gelegt. Nach dem Geständnis des Angeklagten Theodor Pawliski liegt dem Raubverbrechen folgender Sachverhalt zu Grunde: Nachdem er mit dem Angeklagten Neumann verschiedene Markthallen-Biebstähle begangen und sie u. A. auch ein ganzes, mit Fleisch beladenes Fuhrwerk gestohlen hatten, beschloßen sie auf Anregung des Neumann, eine bedeutsamere That anzuführen, um in den Besitz einer größeren Summe zu gelangen. Theodor Pawliski hatte im vorigen Frühjahr in Ronow gearbeitet und wußte, daß mehrere dortige Schlächter an bestimmten Abenden mit Fleisch nach Berlin fuhren. Es wurde beschlossen, einen solchen Wagen mit Gewalt gegen den Führer zu rauben. Neumann, der die Seele des Unternehmens war, bestand darauf, daß hierzu drei Personen nöthig seien, worauf Pawliski sich an seinen Vetter, den Arbeiter Leopold Pawliski wandte, der sich auch bereit erklärte, der dritte im Bunde zu sein. Am Abende des 14. Juli wurde zur Ausführung der That geschritten. Die drei Verbündeten begaben sich nach Spandau, wo sie sich in der Nähe der Ausspannung aufhielten, wo die Ronower Schlächter angefahren pflegten. Es kamen auch zwei Wagen, ein Jweispänner und ein Einspänner. Der letztere gehörte dem Schlächtermeister Fischer aus Ronow und wurde von dessen 18-jährigen Lehrling Lukas geführt. Auf dem Jweispänner saßen 2 Personen. Beide Wagen fuhren gleichzeitig wieder aus Spandau fort, die Angeklagten, welche es auf den Einspänner abgesehen hatten, ließen in einiger Entfernung hinterher. Auf der Chaussee zwischen Spandau und Charlottenburg konnte der beobachtete Ueberfall nicht ausgeführt werden, weil beide Fuhrwerke sich dicht zusammenhielten. Nachdem Charlottenburg aber passiert war, fuhr der Jweispänner etwas schneller und die Entfernung zwischen den beiden Fuhrwerken vergrößerte sich. Neumann suchte den Muth seiner beiden Begleiter anzufacien. In der Nähe des Großen Sterns hielten sie die Gelegenheit für günstig, zur That zu schreiten. Neumann gab das Kommando: „Los!“ Darauf eilte Theodor Pawliski auf den Wagen zu und stellte an Lukas das Anstimmern, er möge ihn mitnehmen. Dieser sah noch zwei Gezeiten im Dunkel aufstehen, es wurde ihm unheimlich und er lehnte das Anstimmern ab. Woher erhielt er von Theodor Pawliski mittels eines Stodes wichtige Saläge gegen den Kopf, daß er betäubt wurde. Gleichzeitig sprang Leopold Pawliski auf den Wagen; Lukas wurde herabgeworfen und fiel zur Erde. Wie verabredet war, jagten die beiden Pawliski's mit dem Wagen davon, den demüthigen Ueberfallenen dem Neumann überlassend. Sie fuhren nach dem Hause Flotwellstraße 10, woselbst der Angeklagte Schmidt eine Salächtereibetrieb. Schmidt war der Annehmer des früher gestohlenen Fleisches gewesen. Die Neumann und Theodor Pawliski übereinstimmend behaupteten, waren sie am Tage vor dem Raubverbrechen bei Schmidt gewesen und hatten ihn darauf vorbereitet, daß sie in der folgenden Nacht eine größere Menge Fleisch bringen würden. Der Ueberfall fand gegen 1 Uhr statt und bald darauf erschienen die beiden Pawliski's auch vor dem Sammelkasten Laden. Auf ein verordnetes Klopfen gegen den Rolladen wurde dieser halb in die Höhe gezogen und das auf dem Wagen befindliche Fleisch — acht Rinderviertel, zwei halbe Schweine und drei Kalber zum

Gesamtwerthe von 700 M. — durch die Deckung geworfen. Gleich darauf erschien auch Neumann in der Flotwellstraße, er erklärte, daß er den Lukas noch gehörig verhalten habe. Das gestohlene Fuhrwerk fuhren die Angeklagten nach der Hasenhalde, wo sie es stehen ließen. Der überfallene Lukas stieß laute Hilferufe aus, nachdem er wieder zu sich gekommen, zwei vorübergehende Herren nahmen sich seiner an und führten ihn nach der Sammelkasten in der Flotwellstraße. Lukas hatte drei Krassen Kopfverwunden erhalten. Im Termin bestritt Neumann, daß er allein noch auf den ohnmächtigen Lukas eingeschlagen habe, er habe es seinen Genossen nur gesagt, um sich damit zu brüsten. Die Angeklagten Schmidt'schen Eheleute bestritten ihre Schuld. Schmidt leugnete, daß er mit Neumann und Theodor Pawliski bekannt sei und denselben jemals Fleisch abgekauft habe. In der Nacht zum 15. Juli hätten fremde Gesellen gegen seine Thür geklopft. Nachdem er geöffnet, hätten ihm die Gesellen gesagt, daß ihnen vor seinem Laden die Käse gekrochen sei; sie hätten ihn, das Fleisch bis zum folgenden Morgen aufzuwahren. Diese Angaben widersprachen denjenigen der übrigen Angeklagten und fanden auch Beweisannahme keine Bestätigung. Als der Kriminalbeamte am Morgen nach dem Raubverbrechen bei dem schon längst verdächtigen Schmidt eine Hausdurchsuchung vornahm, war ein Gefesse derselben schon dabei, das Fleisch zu zerlegen und Frau Schmidt hatte bereits davon verkauft.

Der Staatsanwalt hielt durch die Beweisaufnahme sämtliche Angeklagte für überführt, mit Ausnahme der Ehefrau Schmidt, für deren Schuld keine Beweise erbracht seien. Der Spruch der Geschworenen lautete auch ganz im Sinne des Staatsanwalts, der gegen die Ehefrau Schmidt die Freisprechung, gegen die übrigen Angeklagten Zuchthausstrafen von neun, sieben, sechs und vier Jahren, sowie die üblichen Nebenstrafen beantragte. Das Erkenntnis lautete gegen Neumann auf neun, gegen Theodor Pawliski auf sechs Jahre sechs Monate, gegen Leopold Pawliski auf sechs und gegen Schmidt auf drei Jahre Zuchthaus. Sämtliche Angeklagte wurden außerdem zu Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurtheilt.

Die stereotypen Klagen vieler Landwirthe über den großen Mangel an ländlichen Diensthöfen und Arbeitern erhielten eine eigenthümliche Illustration durch eine Verhandlung, welche am Mittwoch vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II. stattfand. Auf der Anklagebank stand der Administrator des 11000 Morgen großen Forstlichen Ritterguts Groß-Schönitz bei Ronow, Inspektor Engel. Derselbe war vom Schöffengericht in Ronow wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung unter Annahme mildernder Umstände zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt worden, während die Wirthschafterin desselben Gutes, Fräulein von Daun wegen desselben Vertriebes zu 100 M. verurtheilt worden war. Fräulein von Daun hatte sich bei dem Erkenntnis beruhigt, Inspektor Engel hatte Berufung eingelegt, er bestritt die Mißhandlung und gab nur zu, daß mißhandelte Diensthöfen sehr angefaßt zu haben. Der erste Richter hatte folgende Feststellung getroffen: Unter anderen Diensten eine Dienstmagd Grebin aus dem Gute, die in Schlesien angeworben worden war. Zwei Jahre war sie bereits in dieser Stellung und für das dritte Jahr hatte sie bereits neuerdings Miethsgeld erhalten, da kam am Abend des 10. Oktober 1891 die Wirthschafterin Fräulein von Daun in die Küche und schlug ohne jede Veranlassung auf die Magd ein. Diese ermannte sich und gab mit dem Bemerken, daß sie sich ohne Grund nicht prügeln lasse, den Reitsthaler zurück. Fräulein von Daun warf der Magd den Thaler vor die Nase, holte dann den Administrator und erklärte diesem, die Magd habe den Thaler auf die Erde geworfen. Der Administrator ging entrüstet auf die Magd zu, faßte sie, drückte ihm den Arm und soll — was er bestritt — die Magd gestochen und geschlagen haben; währenddem war Fräulein von Daun auch nicht müßig, mit einem Besenstiel prügelte sie die Magd windelweich und die etwa daneben gegangenen Schläge holte sie später noch mit einem starken Handfeger nach. Diese Mißhandlungen gingen über den weiten Rahmen der Gesinde-Ordnung hinaus und mußten zur Bestrafung führen. Fräulein von Daun hat sich bei der Strafe beruhigt, Inspektor Engel begründete seine Berufung damit, daß er aus dem Rahmen der Gesinde-Ordnung nicht herausgetreten sei. Die Magd sei widerspenstig, auffällig und besonders diebstahl gewesen, worauf der Staatsanwalt replizierte, daß es unter diesen Umständen doch merkwürdig sei, daß die mit allen Untugenden behaftete Magd noch für ein drittes Jahr gemiethet worden sei. Der Gerichtshof konnte sich trotz einer vorgeführten Entlastungszugung nicht entschließen, die Handlungweise des Angeklagten anders denn als strafbare Mißhandlung anzufassen, er ließ aber das Moment der Gemeinshaftlichkeit fallen und setzte die Strafe auf 20 M. herab.

Frau Apotheker Thier aus Welien stand gestern wegen Beleidigung der Offiziere und Jäbtriche der Armee vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. In einer in der Weberstraße stattgehabten Versammlung hatte die Angeklagte über den Brüsseler Kongress berichtet und war dabei auch auf die Militärfrage eingegangen. Nach den Notizen des überwachenden Polizeibeamten soll die Angeklagte bei dieser Gelegenheit auch ausgesprochen haben, daß gerade die Proletariat weit mehr als die Bourgeoisöhne unter den Kriegsgelächsten zu leiden hätten, da namentlich die Herren Lieutenants und Jäbtriche mit ihren zarten Händen hinten ständen und die Kanoniere in's Feuer saukten. Wegen dieser Bemerkungen hatte der Kriegsminister den Straf Antrag gestellt. Bei der Verhandlung drückte es sich wesentlich darum, wann die betreffenden Aeußerungen zur Kenntniß des Kriegsministers gekommen sind. Die schriftliche Mittheilung desselben, daß er wenige Tage vor Stellung des Straftrages diese Kenntniß erlangt habe, hielt Rechtsanwält Moris nicht für ausreichend, sondern erzielte die persönliche Ladung des Kriegsministers für erforderlich. Der letztere vermochte der Richter gestern nicht zu leisten und der Gerichtshof beschloß deshalb, die Verhandlung zu vertagen und zum nächsten Termin den Kriegsminister noch einmal vorzuladen.

Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts. In Ehren der sozialdemokratischen Motioner sollte sich in diesem Jahre in Berlin ein Zug mit Musikbegleitung vom Marktplay aus in Bewegung setzen und sich hieran die Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel anschließen. Die Orts-Polizeibehörde versagte dem Zimmerer B. die hierzu nachgesuchte Genehmigung und verhielt sich auch dann ablehnend, als letzterer nur die Erlaubniß zur Beronstaltung jener Versammlung erbat. B. beschritt nunmehr den Beschwerdeweg und strengte von dem Regierungspräsidenten und demnach vom Oberpräsidenten der Provinz Pommern abgewiesen, noch Klage an. Der Oberpräsident machte in der Klageantwortung geltend, daß, wenn auch die Sozialdemokratie in Berlin nicht stark vertreten sei, sich immerhin mehrere hundert Personen an der fraglichen Versammlung betheiligt haben würden. Derartige Versammlungen seien bisher in Pommern unbekannt und es hätte der Theil der Bevölkerung Köllins, der in den Bestrebungen der Sozialdemokratie eine besondere Gefahr erblickte, die Abhaltung jener Versammlung als eine Herausforderung aufzufassen können. Die Polizeiverwaltung habe nur pflichtmäßig gehandelt, wenn sie bei der geringen Zahl von Exekutivkräften glaubt habe, nicht die Gewähr für die Aufrechterhaltung der Ordnung bei Zulassung der Versammlung übernehmen zu können. Der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts verwarf die Klage den Erfolg. Gründe werden nicht verkündet. (Kreuz-Zeitung.)

# Soziale Ueberlicht.

## Achtung Töpfer!

Zur Berichtigung des Artikels in Nr. 268 im „Vorwärts“ mit obiger Ueberschrift vom 15. d. Mts., wollen wir hier zur Erwiderung anführen, daß wir unseren Lohnzettel von Herrn Töpfermeister G. Weigel immer voll bekommen haben; wir erhalten noch denselben auch jetzt am Bau Invalidenstraße 144 richtig unsern Lohn an. Es handelt sich hier lediglich nur um den Kollegen G. Weigel, welcher am 12. d. Mts. entlassen worden ist.

Uebrigens möge sich Herr Heinrich Hoffmann bei derartigen Sachen erst informieren, bevor er sie der Öffentlichkeit übergibt. Die arbeitenden Kollegen:

P. Feder, H. Kretschmer, G. Kramer, Rudolf Jaschinowski, N. Decker, G. Zipper, A. Wiederau, Mevis, G. Wulff.

In dieser Angelegenheit wird uns folgende Zuschrift zugesandt:

Es ist nicht wahr, daß ich den Lohnzettel nicht anerkenne; ich zahle stets nach Lohnzettel aus; ebenso unwahr ist, daß ich Leute gemahnt habe; wohl habe ich aber den Gesellen Habany entlassen und zwar aus dem Grunde, weil mir von andern Gesellen mitgeteilt worden ist, Habany habe bereits einen andern Bau und warte nur darauf, daß auf demselben angefangen werden könne, wo er dann meine Arbeit aufgeben und noch andere Gesellen von mir mitnehmen würde. Dies ist der ganze Sachverhalt.

Gochachtungsvoll G. Weigel.

## Au die Töpfer Berlins und Umgegend!

Kollegen! Schon oft hat der Vorstand auf die Vorzüge eines geregelten, sich in Händen der Arbeiter befindlichen Arbeitsnachweises aufmerksam gemacht. Leider muß der größte Theil der Kollegen unsere Mahnung unbeachtet gelassen haben, sonst wäre es kaum möglich gewesen, daß während des Jahreswechsels, wo hunderte von Arbeitelosen vorhanden waren, fremd zugewandene Kollegen, die ihre Wanderunterstützung erhalten hatten und garnicht wußten, ob der Unternehmer auch den Lohnzettel voll und ganz bezahle, hier in Arbeit gestellt wurden. Wir sehen, daß die Unternehmer Tag für Tag in den Zeitungen nach Arbeitskräften von Auswärts inseriren, ja wir können mit Recht behaupten, daß sie Summen für diese Annoncen anwenden, deren Höhe vollaus zur Zahlung nach dem von uns geforderten Tarif ausreichen würde. Aber nicht allein die Unternehmer, sondern unsere eigenen Kollegen umgehen den Arbeitsnachweis. Wir können wohl mit Recht behaupten, daß in den meisten Geschäften die Auskoulenteur es in der Hand haben, Kollegen einzustellen, ja, viele Unternehmer kümmern sich garnicht darum, wer eigentlich auf dem Bau arbeitet, sondern sind zufrieden, wenn derselbe leistungsfähig ist.

Es heißt ferner, daß in nächster Zeit ein Unternehmer einen großen Bau in Angriff nehmen wird, indem viele Meister Defen gefest werden sollen. Um nun die Preise zu drücken, will derselbe hierzu Dresdner oder Meißner Kollegen einstellen. Wir machen daher schon jetzt die Kollegen darauf aufmerksam, daß wir hier genügend Kräfte am Ort haben, die wohl im Stande sind, Meißner Waare zu verarbeiten.

Kollegen! Schon mehrfach haben wir dazu aufgefordert, uns die Adressen der Auskoulenteur zukommen zu lassen, bis jetzt immer vergeblich. Deshalb ersuchen wir Euch, dieses jetzt ernstlich in die Hand zu nehmen und uns sofort die Adresse eines jeden Auskoulenteur zu übersenden, damit wir endlich in dieser Sache

einen Schritt vorwärts kommen und eine Versammlung mit den Auskoulenteur abhalten können.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: H. Hoffmann.

Die Weber der Firma Wisbager u. Komp. in Hadeswagen haben wegen bedeutender Lohnkürzung die Arbeit niedergelegt. Sie ersuchen, da die Firma in auswärtigen Blättern Stellenangebote erläßt, um strenge Fernhaltung des Zugangs und um Unterstützung. Alle Sendungen sind zu richten an Ewald Plankenagel in Hadeswagen, Lindenberg. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck des Vorstehenden gebeten.

## Vermischtes.

**Entgleisung.** Oldenburg, 15. Nov. Bei Kloppenburg ist infolge Entgleisung eines Personenzuges, wobei größerer Materialschaden entstanden ist, das Geleise gesperrt, die Passagiere müssen umsteigen.

**Guten Appetit!** Grimma. Ein appetitliches Geschichtchen wird vom letzten Jahrmarkt erzählt. Ein die Genüsse des Volksfestes auf dem Nikolaiplatz verschönernder „türkischer Zunderbäcker“ wurde beobachtet, wie er bei der Anfertigung von Bonbons von Zeit zu Zeit kräftig in die Hände spuckte, um das Ankleben des Zeiges zu verhindern. Geschmeckt werden die orientalischen Süßigkeiten seinen Kunden wohl trotzdem haben.

**Verurtheilung.** Paris, 15. November. Das Schwurgericht verurtheilte den anarchistischen Journalisten Bevacco wegen einer Rede, in welcher er zum Mord aufgereizt hatte, zu halbjähriger Gefängnisstrafe und 1500 Frs. Geldbuße.

**Gleisbahn-Unfall.** Arlon, 14. November. Auf der Strecke Paliseul-Bouillon wurden in der Nacht vom 11. zum 12. d. von Verbrecherhand vier schwere Steine auf die Schienen geworfen. Die beabsichtigte Entgleisung scheiterte an der Geistesgegenwart eines Lokomotivführers.

**Unfall.** Salamanca, 15. November. In der Ortschaft Bejar brach während einer Hochzeitsfeier der Paphoden des Saales durch, in welchem das Fest stattfand. Dabei wurden 7 Personen getödtet und 12 Personen mehr oder weniger schwer verletzt.

## Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

**Leipzig, 16. November.** Die hiesige Handelskammer hat nach längerer Beratung den Beschluß gefaßt, dem in bezug auf die Leipziger Kanalfrage eingeforderten Gutachten der Berliner Ingenieure Havestadt und Contag, unter Falllassen der früheren Projekte Leipzig-Walmsleben und Leipzig-Alten beizutreten und somit für Herstellung eines schiffbaren Kanals von der Unterelbe über die Saale nach der Oberelbe—Barby, Halle a. S.—Creyppau bis Leipzig—Eilenburg—Torgau sich zu erklären und zwar unter der unbedingten Voraussetzung, daß die preussische Staatsregierung und die sächsische Staatsregierung dem Unternehmen ihre Unterstützung widmen werden und die Leistungsfähigkeit der Saale

in bezug auf Schiffbarkeit, von ihrer Einmündung in die Elbe bei Barby bis Creppau auf dasselbe Niveau, wie dasjenige der Elbe, gebracht wird. Die gesammelten Herstellungskosten, in welche die Kapital-Unterhaltungskosten einberechnet sind, beziffert man in betreff der Kanalstrecke Barby-Halle-Creyppau Leipzig auf 20 900 000 Mark und in betreff der Strecke Leipzig-Eilenburg-Torgau auf 32 230 000 M. Nachgewiesen ist für beide Strecken die technische Ausführbarkeit ohne Ueberwindung großer Schwierigkeiten. Die Bauzeit für jede der beiden Kanalstrecken ist auf je 5 Jahre berechnet. Die Handelskammer beschloß einstimmig, das Gutachten der Herren Havestadt und Contag der königlich sächsischen Staatsregierung zu überreichen mit der Bitte, die Sache nunmehr kräftig fördern zu wollen. Damit ist die Leipziger Kanalfrage in ein neues und vielleicht entscheidendes Stadium eingetreten.

**Konstanz, 16. November.** Auf der Insel Bonza fand heute ein Erdbeben mit starkem unterirdischen Geräusch statt. Die Bevölkerung lagert im Freien, zusammen mit etwa 300 auf der Insel in fast befindlichen Personen. Hilfsleistung ist abgefordert.

(Zweites des Bureau Herold.)

**Hamburg, 16. November.** Diesen Nachmittag um 4 1/2 Uhr erklärte der Senat Hamburg für senckenfrei.

**München, 16. November.** Die Augsburger „Postzeitung“ vernimmt, daß der Kauf des „Münchener Fremdenblatt“ durch ein katholisches Konsortium zum Preis von 200 000 M. unmittelbar bevorsteht.

**Wien, 16. November.** In der Maschinenfabrik zu Könnigsfelden (Mähren) streiken vierhundert Arbeiter wegen Anstellung eines misstliebigen Ingenieurs.

**Wien, 16. November.** Von einem Besten Postwagen wurde heute auf bisher unangelegter Weise ein Sach, enthaltend eine Million Gulden Staatsnoten, verloren. Marktweiber lieferten den auf der Straße gefundenen Sach der Polizei ab.

**Stockholm, 16. November.** Die zweite Abtheilung des parlamentarischen Ausschusses des Reichstages hat sich bezüglich der finanziellen Fragen zur Durchführung der Militärvorlagen dahin ausgesprochen, daß die direkte Besteuerung besonders durch Erhöhung der Abgaben von Grundbesitz und Einkommen heranzuziehen sei, daß dagegen die niedriger Besteuernten ausgeschlossen werden müßten, ferner sei die Erbschaftsteuer nach dem progressiven Steuersystem heranzuziehen; der Ausschuss wird deshalb bei der Regierung die Ausarbeitung und Vorlage eines in diesem Sinne aufgestellten Finanzplanes beantragen. Was sodann den Staatshaushalt für das Jahr 1898 und die in diesem Jahre neu hinzukommenden Ausgaben betrifft, so erklärte sich der Ausschuss gegen die Verwendung der Staatsüberschüsse aus dem Jahre 1896 zu diesem Zweck und beantragt dafür eine besondere Zuschlagsbewilligung unter Vereinerung der Einkommen von weniger als 800 Kronen. Der Ausschuss hat schließlich die Vorschläge der Regierung bezüglich der Seewehr angenommen, aber auch den Mannschaften der Seewehr die höhere Löhnung bewilligt, wie sie für die Mannschaften der Landbewehrung bewilligt wurde.

**Amsterdam, 16. November.** Die beabsichtigte Armeeerhöhung des Kriegsministers erhöht die Dienststärke von 11 000 auf 68 000 Mann und setzt die Dienstzeit in Heer und Reserve auf 9 Jahre fest.

## Ordentliche Generalversammlung

der Ortskrankenkasse der Kürschner u. Berufsge nossen Berlins

am Sonnabend, den 19. November, Abends 8 1/2 Uhr.

in der Brauerei Bötow, Prenzlauer Allee Nr. 212-211.

Tages-Ordnung:

1. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer).
2. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Rechnungen des Jahres 1892.
3. Wahl von Vertretern zur Generalversammlung.
4. Statutenberathung nach der Fassung des Gesetzes vom 10. April 1892.
5. Verschiedenes in Kassenangelegenheiten. — Eingeladen werden hiermit sämtliche Mitglieder der Ortskrankenkasse der Kürschner und alle Arbeitgeber, welche aus eigenen Mitteln Beiträge zur Kasse leisten. Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen bitten wir um zahlreiches Besuch.

93b

Der Vorstand.

## Orts-Krankenkasse

der Seidenwirker u. Weber

zu Bernau.

Sonnabend, d. 26. November,

Abends 8 Uhr,

im Saale des „Elysium“:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl von Vertretern, 10 Arbeitgeber, 45 Kassenmitglieder.
2. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern.
3. Wahl der Rechnungs-Prüfungskommission.
4. Definitive Genehmigung des mit dem Kassennarrat abgeschlossenen Vertrags.
5. Vorlegung des neuen Statuten-Entwurfs.

Um zahlreiches Erscheinen der Arbeitgeber und Kassenmitglieder ersucht

929/2

Der Vorstand.

## Ortskrankenkasse der Gürtler.

Zu der am Sonntag, den 20. Nov., Vorm. 10 Uhr, im Restaurant Prouss, Weidenstr. 10, stattfindenden ordentlichen Generalversammlung werden die Herren Delegirten ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Neuwahl des Vorstandes.
2. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
3. Verschiedenes.

Nach Schluß dieser Versammlung findet daselbst eine Generalversammlung für die Mitglieder der Invalidenkasse der Gürtler statt.

Tagesordnung:

1. Neuwahl des Vorstandes.
2. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
3. Verschiedenes.

70b

Der Vorstand.

G. Kneiff, Vorsitzender.

66. Anzüge, Winterpaletots, 66. nach Maß, werden hochlegant angefertigt bei Karle.

92792

Resterhandlung

66. Waldemarsstraße 66.

## Fachv. d. Tischler.

Freitag, den 18. November,

Abends 8 1/2 Uhr:

## Vorstandssitzung

bei Nordert, Beuthstraße Nr. 22.

Um pünktliches Erscheinen ersucht

308/11

Der Vorstand.

## Dachdecker.

Sonntag, den 20. November,

Vormittags 9 1/2 Uhr:

## Ordentliche General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse der Dachdecker

im Herbergslokal, Weinstr. 11.

Tagesordnung: Neuwahl für die aus-

scheidenden Vorstandsmitglieder. Neuwahl der Wahlleitenden. Wahl des

Rechnungsprüfungs-Ausschusses für das

Jahr 1892.

Der Vorstand.

B. Woitsch, Friedrichstraße 18 II.



Die in der ganzen Welt rühmlichst bekannte

## „Helm-Putz-Pomade“

ist nur unser Erzeugniß. Dosen mit anderen Helmen und nicht mit unserer Firma, weisen man als werthlose Nachahmungen zurück.

Größtes Lager Berlins

Kinderwagen, Andraastr. 23. P. P.

Kanarienhähne verkauft Müller,

Perlebergerstr. 12, vorn 4 Tr. 87b

Die Geburt eines starken Sozialdemokraten zeigen hoch erfreut an

Waldemar Graf nebst Frau,

92918

Thaerstr. 7/8.

Unsere Freunde und Herbergvater Restaurateur Schünemann, genannt bieder Willy, Weinmeisterstr. 19, geb. am 17. 11. 1867 in Berlin neben dem Pfefferberg, zweimal geimpft und sämtliche Kinderkrankheiten schwer aber glücklich bestanden, zu seinem 26. Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, verbunden mit dem Wunsch, daß er nach oft den Tag mit Wohlsein erleben möge und sein Kind, genannt Mülle, bald Hochzeit machen soll!

68b  
P. P. D. W. M. Sch. F. J. D. St. D. St. H. Sch. G. K. F. D. D. W.

Erwiderung.

Auf die Aufforderung des Tischlers Julius Waloszel, Berlin, betreffend die angelegte Beleidigung in Nr. 235 dieses Blattes, erklärt der Vorstand des Arbeitervereins für Rummelsburg, daß es bei der ersten Bekanntmachung verbleibt, da die Schuld durch eigenhändige Unterschrift anerkannt ist.

110/4

J. A.: Alfred Rosenkranz.

Die Herrn Fr. Hilliger zugefügte Beleidigung nehme ich hiermit zurück und erkläre denselben für chrenhaft.

89b

F. Debantier.

Empfehle all. Freunden u. Genossen mein

## Weiß- u. Bairisch-Bierlokal.

Kleiner Saal für 150 Personen (auch

als Vereinszimmer) sowie 2 Kegelbahnen

sind noch einige Tage in der Woche zu

vergeben. Dasselbst Zahlstellen des sog.

Wahlvereins für den 2. Berl. Reichstags-

Wahlkreis, Verband der Metallarbeiter,

Deutscher Tischler-Verband, Arbeiter-

Bildungsschule, Genossenschaftsbäckerei.

Otto Klein, Schönleinstr. 6.

## Steppdecken!!

größte Auswahl!! am billigsten in

Emil Lefevre's Fabrik,

Berlin, Oranienstr. 168. (1892)

1 Posten Schlafdecken mit kleinen

reinen Frieden

Stück 4, 6, 8 und 10 Mark.

Werth das Doppelte!!

Illustr. Preisliste gratis u. franko.

Jede Uhr 2 unter Garantie

zu repariren kostet bei mir

(außer Bruch) 1,50 Mk.

Kleine Reparaturen entsprechend billiger.

Uhren, Gold- u. Silberwaaren

C. Wunsch, Hauptstr. 38,

u. d. Oranienplatz.

## Wer

ist der wahre Freund der Hausfrauen?

Die große Beliebtheit, welcher sich seiner vorzüglichen Eigenschaften wegen seit einer langen Reihe von Jahren das rühmlichst bekannte

## „Dr. Thompson's Seifenpulver“

erfreut, hat viele geringwerthige Nachahmungen hervorgerufen, so daß derer jetzt schon eine große Anzahl existirt.

So wird augenblicklich als „Freund der Hausfrau“ Karol Weill's Seifen-Extract angeboten, und es werden dem Publikum bei dessen Anwendung die verlockendsten Vortheile in Aussicht gestellt!

In den Annoncen wird dieser „Seifen-Extract“ den Hausfrauen als „etwas Neues“ hingestellt, während dieses Produkt in Wirklichkeit auch nur eine minderwerthige Nachahmung des seit 15 Jahren in

Tausenden von Haushaltungen unentbehrlich gewordenen und von den berühmtesten Chemikern warm empfohlenen

## „Dr. Thompson's Seifenpulver“ ist.

Die geehrten Hausfrauen wollen sich deshalb durch überschwängliche Anpreisungen dieses „Seifen-Extracts“ nicht irre machen lassen, sondern dürfen überzeugt sein, daß es zur Erzielung blendend

weißer Wäsche kein besseres, billigeres und unschädlicheres Waschmittel giebt, als

## „Dr. Thompson's Seifenpulver“.

Da dasselbe aus den besten, reinsten und geruchlosesten Fetten hergestellt wird, so erhält die Wäsche dadurch einen angenehmen, frischen

Geruch, ohne daß man nöthig hätte, Dr. Thompson's Seifenpulver künstlich wohlriechend zu machen.

Dr. Thompson's Seifenpulver ist in Packeten von 1/2 und 1/1 Pfd. Inhalt in allen besseren Feisen-, Drogen- und Colonial-

waaren-Handlungen zu haben, und fordert man direkt das „Dr. Thompson's Seifenpulver“ mit der Schutzmarke

„Schwan“.

Stieglitz 1 M., Finken, Zeißige

Danklinge 75 Pfg. Rote Bogellein-Wäsche 50 Pf. Stralauerplatz 21. 74b

Former, die einem Gesangverein angehört haben, und solche, die Stimmbegabt sind, werden aufgefordert, sich dem neuen Gesangverein der Former anzuschließen. Meldung Freitag, den 18. November, bei Schwarzlopf,

Stalitzerstr. 11. 80b

C. Naumann, Former.

Flotte Destillation, Pferdebahn-Valtelle, verl. G. Senf, Dresdenerstr. 45. 88b

Dr. med. Böhm, prakt. Arzt, Spezialarzt 2948b für Naturheilverfahren und Massage Kochstr. 37, 2 Tr. 8-10 und 4-5.

Teppiche!!! Gardinen!!! Steppdecken!!! am billigsten in der Fabrik Hackeschlager

J. Brünn, Markt 4 Stadtbahnhof Böse.

Grünramengeschäft mit Rolle freihaltender blügg zu verl. Tempelstr. 10.

Dr. Hoesch, homöopath. Woch. Pflanzstr. 149, 8-10, 5-7, Sonntag 8-10. Ein junger Mann findet gute Stelle bei Horn, Waldemarstr. 17, a. 11.

Nur tüchtige Warmor-Steinmauer für massiv und ein Aufschlußmännchen sehr finden dauernde Beschäftigung. Act.-Ges. Kiefer, Trebbinerstr. 11.



Die Schweizerischen Unternehmer und der Arbeiterschutz.

Durch ein Kreisschreiben vom 30. Juli 1891 wandte sich das eidgenössische Industrie-Departement an die Organe der Arbeiter, Gewerbetreibenden und Industriellen mit einer Anzahl Fragen, die von der Bundesversammlung dem Bundesrathe zur Berichterstattung und eventuellen Antragstellung überwiesen worden waren.

Als das Organ der Schweizerischen Arbeiterschaft kam der Arbeiterbund mit seinen ca. 120 000 Mitgliedern in Betracht und wurde der in Winterthur domicillierte Vorstand des Arbeiterbundes zur Beantwortung resp. gutachtlichen Äußerung über die obigen vier Fragen aufgefordert.

Das Organ der Gewerbetreibenden, das schweizerische Gewerbesekretariat, veranstaltete eine Enquete über die vier Fragen, indem es dieselben an die Sektionen des schweizerischen Gewerbevereins versandte, wovon 30 Beantwortungen ertheilten.

Ueber die Frage des Zehnstundentages äußern sich die meisten Gutachten ablehnend, einzelne Sektionen befürworten diese Arbeiterforderung als eine Wohlthat für die Fabrikarbeiter und würden sich selbst den Achtstundentag gefallen lassen, wenn er international eingeführt würde — aber nur für die Fabrikarbeiter.

Ueber die Frage des Verbots der Arbeit verheiratheter Frauen in den Fabriken, eine Forderung, die die Billigung sozialdemokratischer Arbeiter ebenfalls nicht finden kann, äußern sich ebenfalls die meisten Gutachten mit theilweise sehr zutreffenden Gründen ablehnend und nur drei Gutachten befürworten das Arbeiterpostulat.

Ueber die Frage des Verbots der Arbeit verheiratheter Frauen in den Fabriken, eine Forderung, die die Billigung sozialdemokratischer Arbeiter ebenfalls nicht finden kann, äußern sich ebenfalls die meisten Gutachten mit theilweise sehr zutreffenden Gründen ablehnend und nur drei Gutachten befürworten das Arbeiterpostulat.

Ueber die Frage des Verbots der Arbeit verheiratheter Frauen in den Fabriken, eine Forderung, die die Billigung sozialdemokratischer Arbeiter ebenfalls nicht finden kann, äußern sich ebenfalls die meisten Gutachten mit theilweise sehr zutreffenden Gründen ablehnend und nur drei Gutachten befürworten das Arbeiterpostulat.

stimmungen für die Lohnanzahlung beschwerten resp. sich dafür aussprechen würden, das hat früher von ihnen Niemand, auch das eidgenössische Industrie-Departement nicht, erhofft.

Und ebensowenig ist das erwartet worden von dem Organ der Großindustrie, des Großkapitals, nämlich von der Schweizerischen Handelskammer. Dieselbe hat in einer Sitzung vom 24. Oktober die vier Fragen begutachtet und namentlich der Einführung des Zehnstundentages, einige, den Kapitalisten aller Länder sehr geläufige und von den schweizerischen Kapitalisten schon 1877 gegen den gesetzlichen Eistundentag ziemlich verbrauchte Gemeinplätze wiederholt und sich dagegen ausgesprochen bezw. „der freien Vereinbarung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber überlassen“.

Bezüglich der Vermehrung der Fabrik-Inspektoren meint die Handelskammer, das dieselbe im Wesentlichen von den Erfahrungen abhängen wird, welche bisher die Behörden bei der Vollziehung dieses Gesetzes gemacht haben.

Bezüglich des Verbots der Frauennarbeit weist die Kammer darauf hin, das dieser Ausschluß nicht unter den offiziellen Begehren der Arbeiterschaft figurirt, außerdem würde ein solches Verbot nur die Hausindustrie fördern.

Die Gutachten der kleinen und großen Unternehmer weisen eine tadelnde Uebereinstimmung auf und involviren nur das eine positive Ergebniss, das das Unternehmertum heute gerade noch so wenig vom gesetzlichen Schutz der Arbeit wissen will wie vor 6 oder 2 oder anderthalb Jahrzehnten — und das war ohnehin bekannt.

Auch in dieser Beziehung wird die Situation noch eine Reihe von Jahren die gleiche bleiben.

Parteinachrichten.

Aus Weidenhausen wird uns berichtet: Wie sehr die Gegner das Aufkeimen einer proletarischen Bewegung in unsern abgelegenen Gegenden fürchten und zu verhindern suchen, ersieht man am besten aus den Praktiken, die sie anwenden, wenn wir ihnen durch Veranstaltung von Versammlungen unbehagen zu werden drohen.

Die Waffen nieder! 75

Eine Lebensgeschichte von Bertha von Suttner.

Viele der vorangehenden Blätter habe ich mit Schauern und mit Ueberwindung geschrieben. Nicht ohne innere Entsetzen vermochte ich die Auftritte zu schildern, die ich auf meiner Fahrt nach Böhmen und während der Cholera-woche in Gramitz mitgemacht.

Jetzt bin ich aber bei einem Erlebnis angelangt, das ich berichten, nicht aber schildern will — nicht kann. Nein, ich kann nicht, kann nicht!

Jetzt, einige Stunden später, nehme ich meine Aufgabe wieder vor. Aber auf die Beschreibung der Einzelheiten nachstehenden Geschehnisses, auf Mittheilung dessen, was ich dabei empfunden — muß ich verzichten.

Die Thatfache genügt: Friedrich — mein Einziger! — ward — infolge eines bei ihm gefundenen Berliner Briefes der Spionage verdächtig . . . von einer fanatischen Kette umringt „à mort — à mort lo Prussien!“ — vor ein Patriotentribunal geschleppt — am 1. Februar 1871 — — — standrechtlich erschossen.

Epilog. 1889. Als ich zum ersten Male wieder zu Bewußtsein gelangte, war der Friede geschlossen — die Kommuue über-

standen. Monatelang hatte ich — von meiner treuen Frau Anna gepflegt — in einer Krankheit dahingelebt, ohne zu wissen, das ich lebe. Und was es für eine Krankheit war — ich weiß es heute noch nicht.

So ganz dunkel erinnerte ich mich, das die letzte Zeit mit Vorstellungen von knatternden Schiffen und lodernden Branden gefüllt war; vermuthlich vermengte sich da mit meinen Phantasien die in meiner Gegenwart besprochenen Ereignisse der Wirklichkeit, nämlich die Kämpfe zwischen Versailles und Kommunisten.

Das — als ich meine Vernunft wieder erlangte und mit dieser auch das Verständnis meines tiefen Unglücks: das ich da mit kein Leid angethan oder das der Schmerz mich nicht tödtete, das lag wohl an dem Besitze meiner Kinder. Durch diese konnte, für diese mußte ich leben.

Das — als ich meine Vernunft wieder erlangte und mit dieser auch das Verständnis meines tiefen Unglücks: das ich da mit kein Leid angethan oder das der Schmerz mich nicht tödtete, das lag wohl an dem Besitze meiner Kinder. Durch diese konnte, für diese mußte ich leben.

Das — als ich meine Vernunft wieder erlangte und mit dieser auch das Verständnis meines tiefen Unglücks: das ich da mit kein Leid angethan oder das der Schmerz mich nicht tödtete, das lag wohl an dem Besitze meiner Kinder. Durch diese konnte, für diese mußte ich leben.

sammlungen befaßt wolle. Also war es mit der Versammlung wieder Gung. Damit nun aber die lieben Dirschauer auch in der nächsten Zeit vor etwaigem Unheil verschont bleiben, wurde einige Tage nach diesem Verfall dem Einberufer der bürgermeistliche Bescheid zu theil, das die beabsichtigte Versammlung überhaupt nicht stattfinden dürfe, und zwar wegen „zu befürchtender — Cholera-gefahr. Schrum! Glücklicher waren wir mit unserer Propaganda in Wehlan, Ostpreußen, wo am 8. Nov. von freisinniger Seite eine Versammlung, zu der alle Parteien eingeladen waren, abgehalten wurde.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. In Altona-Weiler bei Hamburg (17. Jannd. Wahlkreis) wurde Genosse Bismel vom Schöffengericht zu 30 W. Geldstrafe verurtheilt, weil er nach Wiederfreigabe des s. B. politisch geschlossenen gewesenen sozialdemokratischen Vereins eine Versammlung desselben amonciert hatte, bevor ihm von seiten der Behörde die gerichtliche Wiederfreigabe des Vereins eröffnet war.

Wegen Beleidigung des Magdeburger Staatsanwalts Maizier soll der Redakteur der „Burger Zeitung“, Genosse Feuerer, drei Monate Gefängnis abtun. Sächsisches. Die Chemnitzer Amtshauptmannschaft verbot die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung in Gabelns, weil das dazu in Aussicht genommene Lokal zur Aufnahme einer größeren Anzahl von Personen „aus Sicherheits- und feuerpolizeilichen Gründen nicht geeignet“ erseheine.

der Jahre, in immer längeren Zwischenräumen — blieb ich Rückfällen von Tiefsinn unterworfen, von welchen mir dann in geneferem Zustande gar keine Erinnerung blieb. Jetzt, seit mehreren Jahren bin ich schon ganz frei davon. Frei von der bewußtlosen Schwermuth heißt das, nicht aber von bewußten Anfallen bittersten Seelen Schmerzes. Achtehn Jahre sind seit dem ersten Februar 1871 vergangen, aber der tiefe Groll und die tiefe Trauer, welche die Tragödie jenes Tages mir einflößt — die kann keine Zeit — und letzte ich hundert Jahre — vernichten. Wenn auch in letzter Zeit die Tage immer häufiger sich einstellen, da ich, von den Begebenheiten der Gegenwart eingenommen, an das vergangene Unglück nicht denke, da ich sogar die Freude meiner Kinder so lebhaft mitempfinde, das mich selber noch etwas wie Lebensfreude durchwühlt, so vergeht doch keine Nacht — keine — in der mich mein Gland nicht ersäthe. Das ist etwas ganz Eigenthümliches, das ich schwer beschreiben kann, und das nur solche verstehen werden, welche ähnliches an sich erfahren haben.

